

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 11 (1991)
Heft: 22

Buchbesprechung: Rezensionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

José Carlos Mariátegui: Revolution und peruanische Wirklichkeit. Ausgew. politische Schriften. Herausgegeben und eingeleitet von Eleonore v. Oertzen. isp-Verlag, Frankfurt/M. 1986 (176 S., Fr.20.–)

José Carlos Mariátegui: Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen. Mit einer Einl. von K.Füssell und einem Nachw. v. W.F.Haug. Edition Exodus/Luzern und Argument Berlin/Hamburg 1986 (300 S., Fr. 30.–)

Der Sozialismus ist keine in Lateinamerika gewachsene Pflanze, pflegte José Carlos Mariátegui (1884-1930) zu sagen, sondern, ebenso wie der Kapitalismus, in Europa entstanden. In Italien hat er ihn selber – im Umkreis der Ordine-Nuovo-Gruppe vor allem – während seines Exils von 1919-23 kennengelernt, dort hat er auch die Bedeutung marxistischer Analyse für das Verständnis der spezifischen Realität seines Landes – Perus – erfasst. Dennoch hat er nichts kopiert. Was seine stets auf konkrete historische Situationen bezogenen Artikel heute noch lesenswert macht, ist gerade dies: Mariátegui gelingt es zu zeigen, dass Sozialismus in Lateinamerika etwas anderes sein kann als "Kopie und Abklatsch", dass er "vielmehr eine heroische Eigenschöpfung zu sein hat" (*Ideología y política*, Lima 1969). Und zwar ohne die Borniertheit und nationale Egotrie, die solchen Beschwörungen meist anhaften und die dem Polit-Messianismus und Indoamerika-Kult seines Gegenspielers, des APRA-Gründers Haya de la Torre, eigen waren.

Mit Recht bezeichnet Kuno Füssell Mariáteguis Werk (zwanzig Bände, zusätzlich zwei Bände Korrespondenz) im Vorwort zur deutschen Ausgabe seiner

"*Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen*" als ein "Paradigma eines konstruktiven Austausches zwischen lateinamerikanischen und europäischen Strömungen, Konzepten und Traditionen" (S. 8). Das kann auch für seine politische Arbeit gelten, welche die unterschiedlichen Tendenzen der Arbeiterbewegung mit solchen der indianischen Bauern zusammenzuführen suchte, vor allem aber auch für die Zeitschrift "Amauta" (1926-30), mit der er ein in Lateinamerika einzigartiges Forum für politische und kulturelle Debatten verschiedenster Provenienz geschaffen hat. Eleonore von Oertzen weist in ihrer ausgezeichneten, ausführlichen Einleitung zur zweiten in deutscher Sprache vorliegenden Sammlung von Aufsätzen Mariáteguis ("*Revolution und peruanische Wirklichkeit*", S. 10) darauf hin: Debatten sind für ihn das Medium politischer und intellektueller Lernprozesse – "Einstimmigkeit ist immer unfruchtbar".

Mariáteguis Schriften sind Beispiele für das, was Brecht "eingreifendes Denken" genannt hat. Ihre Originalität verdanken sie ihrem Gegenwartsbezug: Mariátegui hat allen Theorien misstraut, welche gleichsam in "Synthesen a priori" zu Lösungen gelangen wollten, welche nur das Resultat historischer Prozesse sein könnten. Das Offenhalten und Austragen von Differenzen hat er dem Vorwegnehmen möglicher Synthesen, den grossen Utopien vorgezogen. Kennzeichnend für ihn ist, dass er, als eine Delegation von Asháninka aus dem Amazonas-Tiefland in Lima eintrifft, in einem Zeitungskommentar dazu anmerkt: "Für die Wilden müssen die Zivilisierten so exotisch sein, wie es die Wilden für die Zivilisierten sind." Es ist einer der ersten Texte des Autodidakten, der vorher in der Setzerei der

Zeitung gearbeitet hatte; er braucht die gängige Terminologie, macht aber auf den ebenso üblichen ethnozentrischen Blickwinkel aufmerksam. Ein erster, unscheinbarer Auftakt zu einem Versuch, kontextuell und gleichzeitig in globalen Zusammenhängen zu denken, ausgehend von einem Beispiel interethnischer Beziehungen.

Die Verschiedenheit der Kulturen Perus spielt für Mariátegui eine wichtige Rolle. Unter Kultur versteht er die unterschiedlichen sozialen Lebenszusammenhänge auf Grund gemeinsamer Überlieferung, Sprache und Sozialorganisation, die seit der Conquista nebeneinander bestanden. Vorrangig interessiert er sich dabei für das, was heute als "Ethnizität" bezeichnet wird, d.h. die sozialen Organisationsformen der kulturellen Differenz. In ihnen kommt für ihn nicht (wie für die damals herrschende Anschauung) der natürliche Unterschied von Völkern oder "Rassen" zum Ausdruck, sondern die fortgesetzte Geschichte kolonialer Herrschaftsbeziehungen. Zwar bewegt auch er sich im Diskurs seiner Zeit, der von der "Rassenfrage" oder dem "Indianerproblem" spricht, gibt ihm aber mit dem Begriff der "sozialen Rasse" eine neue Wendung, die auf eine gesellschaftliche Theorie des Rassismus abzielt und u.a. die marxistische Klassenanalyse beträchtlich modifiziert. Er macht nämlich auf den "aussergesellschaftlichen" Status der indianischen Mehrheitsbevölkerung aufmerksam und zeigt, wie der Kapitalismus in einem kolonial bestimmten Land wie Peru Peripherien in der Peripherie ausbildet, enorme Annexe gewissermassen, die nur insofern als "Klassen" bezeichnet werden können, als sie von einer Grossgrundbesitzerklasse ausgebeutet werden, die sich ihr Mehrprodukt in Gestalt unbezahlter Leistungen aneignet. Begriffe wie "soziale Klasse" verkürzen jedoch die Problemlage und verschweigen den Ausschluss der Indianer aus allen Instanzen und Institutionen der Gesellschaft.

Auf diesen Ausschluss hatten andere schon hingewiesen und daraus gefol-

gert, dass die Indianer nun endlich in die nationale Gesellschaft integriert werden müssten. (Die Modernisierungspolitik, die Präsident Leguía in enger Verbindung mit nordamerikanischem Kapital in den zwanziger Jahren betrieb, zielte darauf ab). Anders Mariátegui: Für ihn gibt es in Peru die nationale Einheit nicht, in die die Ausgeschlossenen lediglich eingegliedert werden müssten. Die peruanische Nation bezeichnet er als eine Fiktion, welche die grundlegenden Dichotomien und Feudalstrukturen der Gesellschaft wie auch den halbkolonialen Status des Landes verschleierte. Rassismus (oder das "Rassenproblem") ist für ihn kein archaischer Fremdkörper in einer auf Grundsätzen der Gleichheit fussenden Wirtschaftsordnung. Er ist in der Art und Weise begründet, wie in Ländern des abhängigen Kapitalismus sich dieser entwickelt hat, in ihrer Gesellschaftsstruktur angelegt, mittelbar, seinem Ursprung nach aber auch in dem Prozess der Herausbildung des Kapitalismus überhaupt.

Mariátegui führt das vor allem in seinen "Sieben Versuchen" aus. In den ersten drei Essays finden sich die Grundthesen seines Buchs: Die Erlangung der politischen Unabhängigkeit ist nicht gleichbedeutend mit dem Ende des kolonialen Charakters der peruanischen Wirtschaft und die Eingliederung des Landes in den globalen kapitalistischen Entwicklungsprozess hat die vorkapitalistischen Ausbeutungsformen im Innern des Landes keineswegs beseitigt. Die nachfolgenden Kapitel befassen sich mit den kulturellen Formen und dem Widerstreit der Ideologien, in denen die ungelösten Konflikte einer von internem und externem Kolonialismus geprägten Gesellschaft ausgetragen oder blockiert werden.

Der erste Essay – "Abriss der wirtschaftlichen Entwicklung" – zeigt, wie die Ausbildung und Erhaltung vorkapitalistischer Klassenstrukturen und die Entwicklung einer vom englischen und amerikanischen Kapital abhängigen Wirtschaft sich ergänzen. Da sich in Peru ein Bürgertum herausbildet, das mit

der Aristokratie und einer Exportoligarchie auf Latifundienbasis verschwächt ist und sich darauf beschränkt, als Bindeglied für das ausländische Kapital zu fungieren, folgert Mariátegui: "Im Gegensatz zu den emanzipatorischen Ideen der Republik hat man in Peru den feudalen Geist – Antithese und Verneinung des bürgerlich-städtischen Geistes – die Schaffung einer kapitalistischen Ökonomie aufgetragen" (Oertzen, S. 69). Eine eigenartige Verschränkung verschiedener Produktionsweisen und Sozialstrukturen wird infolgedessen zum Merkmal der peruanischen Gesellschaft: Auf dem Hochland bestehen unter dem "halbfeudalen" Regime der "Gamonales" (einer Grundbesitzerklasse, welche auch die lokale politische Macht ausübt) Reste einer indianischen Kollektivwirtschaft weiter, an der Küste herrscht eine auf dem Latifundismus aufbauende, rückständige bürgerliche Oekonomie vor. Auf diesem Hintergrund formuliert Mariátegui im Kernstück des Buchs eine These zur "Indianerfrage", die mit den bisherigen Lösungsvorschlägen bricht, welche sie zumeist als ein Problem der iuristischen Gleichstellung, der Abschaffung unbezahlter Arbeitsleistungen, der Erziehung und Aufklärung betrachtet haben. Diese auf die Eingliederung der Indianer in die nationale Gesellschaft abzielenden Vorschläge verkennen die Tatsache, dass den Dorfgemeinschaften der Anden eben unter der seit der Unabhängigkeit des Landes geltenden (formell liberalen) Gesetzgebung ihre Lebensgrundlage – der gemeinschaftlich bearbeitete Boden – entzogen worden ist und sie gerade durch diese Einbahnstrasse der Integration in eine weit grössere Knechtschaft und Abhängigkeit als während der Kolonialzeit hineingezwungen wurden.

Indem darum Mariátegui im dritten Kapitel das Problem des Bodens und der Agrarstruktur als eines der Haupthindernisse für die Entwicklung des Landes herausstellt, gibt er der – damals wie heute als Bestandteil der "nationalen Frage" behandelten – "India-

nerfrage" neue soziale, politische und ökonomische Konturen: die der Abschaffung der (halbfeudalen) Produktionsverhältnisse, des Grossgrundbesitzes. Und da der kreolische Liberalismus diesen nicht im geringsten angetastet hatte, gelangt er zur Schlussfolgerung, dass dies einzig von den Indianern selber bewerkstelligt werden würde, was jedoch nur auf einem sozialistischen Weg möglich sei, der die Befreiung vom internen Feudalismus und externen Kapitalismus verbinde. So postuliert er als einer der ersten, dass in Lateinamerika der Befreiungsprozess das Erwachen der Bauern und ihr Zusammengehen mit der noch schwachen Arbeiterschaft der Städte verlange.

Bedeutsamer noch scheint mir, dass er die "Indianerfrage" nicht bloss als eine politische und ökonomische Frage behandelt, sondern als eine gesamtgesellschaftliche und auch globale, und darum eben als eine Frage des Sozialismus. Nicht deswegen, könnte man sagen, weil er Sozialist ist, muss alles seinen sozialistischen Gang gehen, sondern umgekehrt: Sozialismus ist für ihn der Name für jene Lösung, die das Ganze im Blick hat und es gleichzeitig versteht, die heterogenen, nicht gleichlaufenden, ungleichzeitigen Entwicklungen und sozio-kulturellen Komponenten zu artikulieren. Darum nimmt bei ihm die Analyse der kulturellen Komponenten breiten Platz ein, betont er die relative Autonomie von Mentalitäts- und Bewusstseinsformen. So geht er im 5. Essay den religiösen Faktoren in der peruanischen Geschichte nach und hebt – zum Ärger mancher Genossen – die Bedeutung religiöser Motivationen und "revolutionärer Mythen" für soziale Bewegungen hervor.

In den letzten beiden Kapiteln schliesslich widmet er sich den regionalistischen und literarischen Strömungen. Der strategische Sinn seiner Interpretationen erweist sich auch hier als mit demjenigen seines politischen Projekts eng verbunden: Beide suchen jene Tendenzen und Prozesse herauszuschälen, in denen sich eine Ueberwindung der in der Kolonialgeschichte wurzeln-

den Spaltungen abzeichnen könnte. Dabei ist es weniger das Feld der Politik als dasjenige der Kultur, in dem sich für Mariátegui schon Embryonalformen eines neuen, integraleren Peru abzuzeichnen beginnen. Dies wird besonders im breitangelegten Schlusskapitel "Der Prozess der Literatur" deutlich. Es handelt sich um einen Prozess im forensischen Sinn: Literatur figuriert hier als ein Medium, in dem ein Kampf um die Gestaltung und Orientierung der sozialen Wirklichkeit ausgetragen und in dem von den Parteien gegensätzliche Traditionen als Zeugen aufgeboten werden. Doch Mariátegui will den Widerstreit nicht versöhnen, der zwischen denen besteht, die Peru immer noch als spanische Kolonie betrachten und jenen ändern, bei denen er wie bei González Prada den Keim eines neuen nationalen Geistes findet. Wenn er hier zum Ankläger der Hispanisten und Verteidiger der Indigenisten wird, dann nicht etwa, weil er die einheimische Tradition einer europäisch inspirierten vorziehen würde. "Exotisch" ist für ihn nicht der Einfluss fremder Ideen, sondern viel eher die Realität eines Landes, das sich als unfähig erweist, sie zu assimilieren. Was er verwirft, ist nicht das spanische Erbe in kultureller Hinsicht, sondern die sich bis in die Gegenwart fortsetzende "Erbsünde der Conquista: eine Gesellschaft konstituieren zu wollen ohne den Indianer und gegen den Indianer". Massstab seiner Kritik ist darum, ob sich in einem Werk oder einer Bewegung ein Bruch mit Geist und Wirklichkeit des Kolonialismus anbahnt, ein Kosmopolitismus ankündigt, in dem, wie wir heute sagen würden, interkultureller Austausch ohne Domination und Abhängigkeit stattfinden kann. "Auf den universalen, ökumenischen Wegen, die man uns so sehr verwirft", schliesst Mariátegui sein Buch mit einem Seitenhieb auf diejenigen,

die sich gern am Nationalen berauschen, "näher wir uns immer mehr uns selber" (S. 305).

Vorgeworfen wurden ihm, posthum vor allem, von seiten der APRA Europäismus, von Kominternseite ein Populismus, später dann auch ein romantischer Antikapitalismus. Dies, weil er die kommunitären Formen der andinen Dorfgemeinschaften nicht als blosse Relikte betrachtet hat, die in einem Nachholen des geschichtlichen Entwicklungsgangs zwangsläufig Privateigentum und kapitalistischen Klassenstrukturen weichen müssten. Er hat in ihnen Elemente eines "praktischen Sozialismus" gesehen und ist davon ausgegangen, dass die indianischen Bauern nicht lediglich die Spielregeln der herrschenden Gesellschaft zu übernehmen, sondern eigene Traditionen zum Aufbau einer neuen beizusteuern hätten. Dass dieser nach einem angeblich "universellen Fahrplan" der Geschichte das "vollständige und exakte Absolvieren der Etappe des wirtschaftlichen Liberalismus" voraussetze, hat er in Frage gestellt. Stattdessen hat er vorgeführt, was man ein Denken in multilinearen und kombinierten Entwicklungsprozessen nennen könnte, eine Kulturtheorie, in deren Mittelpunkt die Überwindung des strukturellen Rassismus steht und die darum die enge Verschränkung von internem und externem Kolonialismus untersucht. Indem er den Gründen nachgeht für den verhinderten Entwicklungsprozess der peruanischen Nation, zeigt er aber auch die Bedingungen sozialer Emanzipation in Ländern des abhängigen Kapitalismus auf. Eine "creación heróica" eines lateinamerikanischen Sozialismus? Ein kreatives Denken jedenfalls, "ein Delikt, das immer seltener wird" (Eduardo Galeano).

Beat Dietschy

Tzvetan Todorov: Die Eroberung Amerikas. Das Problem des Anderen. Aus dem Franz. v. W. Böhringer. Suhrkamp Frankfurt a.M. 1985 (S. 314, 16 Abbild., Fr. 18.–)

Der Titel bereits deutet die zwei Ebenen an, um die es Todorov geht. Darzustellen ist einmal ein historisches Geschehen ein Geschehen allerdings, das bis in alle bekannten Einzelheiten fixiert scheint. Die Quellen sind gesichtet, das Thema ist fest verankert im Bewusstsein der Europäer; Cristóbal Colóns Aufbruch nach Westen im Jahre 1492 ist nicht der einzige, wohl aber der spektakulärste Ausdruck für den Epochenumbruch vom Mittelalter zur Neuzeit, und er markiert den Beginn einer Vernichtung, die ein paar Jahrzehnte später im bis heute grössten Genozid endete. Die Geschichte von der Eroberung Amerikas noch einmal zu schreiben macht daher nur Sinn, wenn man dem Thema neue Gesichtspunkte abgewinnt, und in diesem Fall muss das wohl heissen: wenn das Geschehen neu interpretiert wird, und eben darin besteht Todorovs grosse Leistung.

Er verfährt nicht kritisch, etabliert nicht eine neue Hierarchie der Quellen, vielmehr unterzieht er sie einer minutiösen Lektüre. Seine Arbeit ist die des Kommentators, des Exegeten, wie man ihn eher aus dem theologischen als aus dem historischen Schrifttum kennt. Den Kommentar verfasst er vom Standpunkt des Moralisten aus, wie er schreibt, denn "die Gegenwart ist mir wichtiger als die Vergangenheit" (S. 12). So greift sein Buch weit über das erzählte Geschehen hinaus, ist – und hier kommt die zweite Ebene ins Spiel – eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Problem des Anderen, des anderen Menschen, eigentlich des anderen Mannes.

Entdecken und erobern ist Männersache, der Frau bleibt in doppelter Hinsicht die Rolle des Opfers, wie das Schicksal jener Mayafrau zeigt, der Todorov sein Buch widmet: "Der Hauptmann Alonso López de Avila brachte im Krieg eine junge Indianerin, eine

schöne, anmutige Frau, in seine Gewalt. Diese hatte ihrem Mann, der fürchtete, er werde im Krieg den Tod finden, das Versprechen gegeben, keinem anderen zu gehören als nur ihm, und so war sie durch kein noch so inständiges Zureden davon abzuhalten, sich das Leben zu nehmen, um sich nicht in die Gefahr zu begeben, von einem anderen Mann beschmutzt zu werden; deshalb liess man die Hunde auf sie hetzen." Ganz am Schluss seines Buches kommt Todorov auf diese prototypische Geschichte zurück. Die Frau, die bereits ein Opfer der Regeln ihrer Gesellschaft wurde, wird von den Spaniern doppelt geopfert, als Indianerin und als nicht willfähige Frau, indem sie nicht, wie wohl eine Spanierin im Krieg, vergewaltigt, sondern den Hunden vorgeworfen wurde. "Niemals ist das Schicksal des anderen je tragischer gewesen." (S. 290-291)

Das Problem des Anderen dreht sich um diese Tragödie: Was war passiert, dass es soweit kam? Todorovs Antwort läuft auf die Einsicht hinaus, ein Entdecken des anderen Menschen habe nie wirklich stattgefunden. Für sich allein genommen ist diese Erkenntnis nicht neu, ihre Brisanz gewinnt sie erst in der Rekonstruktion der Mechanismen, die die Geschichte dieses Unverständnisses ausmachen.

Diese Geschichte beginnt mit Colón und der Entdeckung Amerikas. Seinen Reisen ist der erste Teil des Buches gewidmet. Colón machte sich auf die Suche nach Ländern, nicht nach Menschen, sein Interesse galt dem verheissenen Gold, das es erlauben würde, Jerusalem der Christenheit zurückzugewinnen. Seine Triebfedern waren Reichtum und Religion. Unter diesem Blickwinkel waren die Indianer zunächst bloss Natur, belebte Objekte, nicht anders als Tiere oder Pflanzen. Erst auf seinen späteren Reisen begann er damit, die Indianer als Menschen wahrzunehmen und entwickelte im Keim die beiden Verhaltensweisen gegenüber den Indianern, die laut Todorov noch heute das Verhältnis zwischen Kolonialisten und Kolonialiserten be-

stimmen. Analysiert wird deren entwickeltere Form im Zusammenhang mit der Konquista im dritten Teil des Buches.

Nach der Entdeckung begann die Eroberung; ihr wendet sich Todorov im zweiten Teil seiner Untersuchung zu und zwar anhand der Schriften über die Zerstörung des Aztekenreiches von Moctezuma durch Hernán Cortés. Auf die alte Frage, weshalb eine Handvoll Spanier in so kurzer Zeit ein mächtiges Reich besiegen konnte, gibt Todorov eine neue Antwort: er erforscht die beiden konkurrierenden Kommunikationssysteme. Grob gesagt stand die rituelle, am Austausch zwischen Mensch und Umwelt ausgerichtete Kommunikation der Indianer der kontextuellen, am zwischenmenschlichen Austausch orientierten Kommunikation der Europäer gegenüber. Die europäische Form erwies sich als überlegen. "Cortés will zunächst nicht nehmen, sondern verstehen; an erster Stelle interessieren ihn die Zeichen, nicht ihre Referenten. Zu Beginn seiner Expedition trägt er Informationen zusammen, nicht Gold." (S. 122) Die Informationen setzte er gegen die Azteken so geschickt ein, dass ihre Kommunikation zusammenbrach. Ernüchternd an dieser Analyse ist die Schlussfolgerung, dass besseres Verstehen allererst die Voraussetzung der Zerstörung ist.

Um dieses "Paradox des todbringenden Verstehens" (S. 155) geht es im dritten Teil des Buches. Zunächst sieht Todorov darin eine eminent moderne Konstellation, nämlich das Auseinanderbrechen von Zentrum und Peripherie: "Was die Spanier entdecken, ist der Kontrast zwischen Metropole und Kolonie, der sich darin ausdrückt, dass hier und dort völlig verschiedene Moralgesetze das Verhalten regeln: Das

Massaker benötigt einen angemessenen Rahmen." (S. 176) Ein weiterer Gesichtspunkt ist die Debatte um Gleichheit-Ungleichheit respektive Identität-Verschiedenheit. Das Verständnis des Anderen behindern beide Debatten. Führt das Postulat der Ungleichheit zu einem Konzept der Inferiorität, so zieht das Postulat der Gleichheit die Forderung der Assimilation nach sich. Das gesellschaftliche Ergebnis ist im ersten Fall Sklaverei, im zweiten Kolonialismus. Deshalb aber schon jeden Einfluss einer Kultur auf die andere für verwerflich zu halten, lehnt Todorov ab; er plädiert für ein Drittes: "Es ist dagegen durchaus möglich, ein ethisches Kriterium festzulegen, nach dem man die Form der Einflüsse beurteilen kann: Das Wesentliche ist, meine ich, ob sie *aufgelegt* oder *nahegelegt* werden." (S. 215) Es geht, mit anderen Worten, um die "gewaltfreie Kommunikation" (S. 218).

Im letzten Teil seines Buches untersucht Todorov Texte, die ein anderes als das übliche Verhältnis zu den Indianern bezeugen. Dazu gehört der Bericht eines Schiffbrüchigen, der aus Gründen des Überlebens dazu gezwungen war, seine europäische Identität in Frage zu stellen. Dazu gehören auch die Bücher des Dominikaners Diego Durán und des Franziskaners Bernardino de Sahagún als Beispiele früherer ethnographischer Sammlungen, entstanden aus der Überzeugung, dass nur die genaue Kenntnis der Indianer deren Christianisierung ermögliche. Den Dialog der Kulturen freilich lehnten auch diese emsigen Sammler ab, doch gegen ihren Willen sind ihre Werke eine Voraussetzung dafür, dass die mittelamerikanischen Kulturen nicht vollends vergessen gehen konnten.

Andreas Bürgi

Fernando Mires: Im Namen des Kreuzes. Der Genozid an den Indianern während der spanischen Eroberung: theologische und politische Diskussionen. Exodus, Fribourg 1989 (253 S., Fr. 36,80).

Die Kolonisierung der Seelen. Mission und Konquista in Spanisch-Amerika. Exodus, Fribourg, 1991 (261 S., Fr. 37)

Von dem 1974 in die Bundesrepublik geflüchteten chilenischen Politologen Fernando Mires liegen seit kurzem zwei faszinierende Studien zur Eroberung Amerikas vor: "Im Namen des Kreuzes" und "Die Kolonisierung der Seelen". Aus seinem Standpunkt macht der Autor kein Hehl, heisst es doch in einer der Einleitungen: "Einem Völkermord lassen sich keine positiven Aspekte abgewinnen. Da ist nichts herumzudeuteln: In unseren Augen ist die Konquista Amerikas eines der schlimmsten Verbrechen, welche je an der Menschheit begangen worden sind, für die in diesem konkreten Fall stellvertretend die Indios standen." Weniger eindeutig lässt sich sein methodischer Ansatz festmachen, in einer undogmatischen Weise nimmt er Elemente des historischen Materialismus, der Mentalitätsgeschichte sowie der Befreiungstheologie auf.

Genau genommen handeln die beiden selbständigen, doch deutlich aufeinander bezogenen Bücher von der mit der Konquista einhergehenden Missionierung: das theologische Denken und Argumentieren einerseits (1989) und die damit dialektisch verbundene Praxis der Mission andererseits (1991). Unterscheiden lassen sich drei Positionen des kolonialistischen Diskurses: eine Theologie der Versklavung der indianischen Völker (Exponent dieser Richtung ist der als "Sprecher" der neuen kolonialen Klasse in Amerika fungierende, überraschend modern wirkende Juan Gines de Sepúlveda), eine gemässigte Richtung, die hauptsächlich von den Interessen des spanischen Staates ausgeht, und eine Verteidigung der Indios bzw. Befürwortung einer "alternativen" Konqui-

sta (Bartholomé de las Casas); in letzterer sieht Mires eine frühe Form der Befreiungstheologie.

Auch wenn die Analyse der Praxis hauptsächlich auf eine Legitimierungsfunktion der missionarischen gegenüber der militärischen Eroberung verweist, handelt es sich nicht um ein widerspruchsfreies Verhältnis: Evangelisation und Unterwerfung bzw. Ausrottung waren auch damals nur schwer auf den gleichen christlich-theologischen Nenner zu bringen. Mires beschreibt die komplexe Struktur des gesamten missionarischen Unternehmens – insbesondere die Rolle der Orden (Dominikaner, Franziskaner, Jesuiten); einen Schwerpunkt legt er auf die Gruppe jener Kleriker um Las Casas, die nicht bloss eine weniger unmenschliche Behandlung der Indios, sondern die Abschaffung der kolonialen Wirtschaftsform (Encomienda als verdeckte Sklaverei) forderten. Mires stellt Las Casas als eine historische Figur dar, die nicht mit dem Schema konservativ-fortschrittlich zu erfassen ist: Gerade dass er als Traditionalist im Widerspruch zur merkantilistischen Revolution an alten Werten (z.B. an der Lehre von der Gleichheit aller Menschen vor Gott und vom Menschen als einem Vernunftwesen) festhält, macht seine Aktualität aus. Selbstredend erfolgte weder die Missionierung noch die Eroberung als ganzes unabhängig von irgendwelchen historischen Gegebenheiten. Mires interpretiert die Konquista als Teil jener "ursprünglichen Akkumulation" während der merkantilistischen Periode, die den modernen Kapitalismus in Europa und Nordamerika erst ermöglichte, wobei Spanien lediglich eine Stellvertreterfunktion für die weiter fortgeschrittenen europäischen Mächte bzw. bourgeoisen Klassen einnahm. Die Differenzierungen und Widersprüche im missionarischen Diskurs und in der entsprechenden Praxis stehen in einem komplexen Verhältnis zu den Widersprüchen der spanischen Gesellschaft, insbesondere demjenigen zwischen Kirche, Staat und den Konquistadoren, zunehmend auch zu denjenigen, die

nach der Zerstörung der vorkolonialen Geschichte im neugeschaffenen Sozialgefüge in Spanisch-Amerika sich herausbildeten – hier nicht zuletzt der tiefe Graben zwischen einer "Volkskirche" und derjenigen der Herrschenden.

Die Bedeutung von Mires' Büchern liegt über den faktenreichen, gut geschriebenen historischen Bericht und Kommentar hinaus im Nachweis, dass jene Periode, die in unseren Schulbüchern immer noch euphemistisch das "Zeitalter der Entdeckungen" genannt wird, Ausgangspunkt von und Beispiel für Entwicklungen war, welche die Moderne und deren "Weltordnung" wesentlich prägten: eine erste *weltweite*

Kapitalakkumulation, eine Ausbeutung von Menschen und Natur sondergleichen (noch stärker als die Indios waren die Schwarzen aus Afrika und vor allem die Frauen betroffen), das Akzeptieren eines Genozids als notwendigen Preis für einen "Fortschritt", der nichts anderes bedeutete als der grösstmögliche materielle Gewinn. Darüber hinaus zeigt die Konquista exemplarisch jenen fundamentalen Konflikt zwischen einem ethisch und einem materiell orientierten Denken, in welchem im Laufe der Neuzeit letzteres fast ausschliesslich die Oberhand gewann.

Heinz Hug

Alfred W. Crosby: Die Früchte des weissen Mannes. Ökologischer Imperialismus 900 - 1900. Aus dem Engl. v. N. Kadritzke. Campus Frankfurt/New York 1991 (S. 280, DM 48.-)

Bereits anlässlich ihres ersten Erscheinens 1986 im englischsprachigen Original erfuhr die Studie von Alfred W. Crosby Anerkennung und Lob dafür, ein bislang vernachlässigtes Thema gründlich aufgearbeitet und für einen breiteren Interessentenkreis erschlossen zu haben. In der Tat macht schon der Titel neugierig und weckt Erwartungen. Die werden zumindest teilweise auch eingelöst. Ganz so spannend, wie ich mir das eigentlich erhofft hatte, erweist sich die Behandlung der Materie dann aber doch nicht. Auch wenn Crosby mitunter durch eine gehörige Portion Witz und Ironie zu überraschen weiss, geht es ansonsten eher trocken zu.

Mit dem Titel ist das Thema schon umrissen, durch das uns der Autor – bereits durch mehrere einschlägige Vorarbeiten als Kenner ausgewiesen – führt. Crosby erläutert eingangs, wie durch die Sesshaftwerdung grösserer Populationen vorher unbekannte Epidemien, Schädlinge und ähnliche Begleiterscheinungen "zivilisatorischen Fortschritts" in bis dahin nicht erfahrener

Ausmass auftreten. Dies erklärt sich nicht zuletzt aus dem simplen Umstand, dass die Immobilität einer sesshaften Bevölkerung zu dauerhafter Anhäufung von Abfall und Unrat führt, die geeignete Nährböden sind für allerlei ("Un-")Geziefen und ("Un-")Getier.

In der Folgezeit setzten grosse Wanderungen von Menschen "Völker, die noch im Stande immunologischer Unschuld lebten, einer bakteriellen Flora aus, wie sie nur das massenhafte Zusammenleben von Menschen und Tieren hervorbringt" (S. 35). Die überlieferten biblischen Plagen illustrieren den Prozess der Ausbreitung von Seuchen und Infektionskrankheiten, die im Zuge von Wanderbewegungen den aufgesuchten Einheimischen zur tödlichen Bedrohung wurden und als "Waffe der Kulturvölker" gelten konnten. Die "Zivilisierung" des Menschen der "Alten Welt" vollzog sich nach Crosby vor 3-4000 Jahren durch "eine eindrucksvolle Palette genetischer und erworbener Anpassungsreaktionen" und ein differenziertes Immunsystem. "So wurde er zum Prototyp für alle menschlichen Wesen, die in der Folgezeit dazu verführt oder gezwungen waren, ihm auf seinem vor acht- bis zehntausend Jahren erstmals erkundeten Entwicklungspfad zu folgen." (S. 37f.)

Nach diesem einleitenden histori-

schen Rekurs zur Menschheitsgeschichte widmet sich Crosby genauer der europäischen Entdeckung und Eroberung des aussereuropäischen Raums, seiner europäischen Besiedlungsgeschichte und deren Folgen. Die Expansionsversuche der Norweger nach Westen (Island, Grönland, Vinland, i.e. Amerika) und die Feldzüge der Kreuzritter nach dem Mittleren Osten waren die spektakulärsten aber noch relativ folgenlosen imperialistischen Initiativen (wenn von der dauerhaften Inbesitznahme und Besiedlung des bis dahin unbewohnten Island durch die Norweger einmal abgesehen wird). Sie markierten den Beginn der Ausbreitung Europas am Ende des "dunklen Zeitalters".

Es folgte die Inbesitznahme Madeiras und der Azoren sowie die Unterwerfung der Guanchen auf den Kanarischen Inseln, die zu den ersten dauerhaften europäischen Kolonien wurden. Diese Besiedlung wurde von Beginn an auch in der Tier- und Pflanzenwelt mit der Expansion von Arten aus der Herkunftsregion der europäischen Eroberer begleitet. Besonders erfolgreich war die Inbesitznahme z.B. der Insel Porto Santo durch Kaninchen (die später auch eine umfassende Invasion in Australien durchführten); Esel machten sich in Fuerteventura fast schon epidemisch breit, und in Virginia okkupierten die Ratten das Terrain. Fast immer führte die Ankunft der Europäer – wenn auch oft nicht ganz so spektakulär – aufgrund ihrer Mitbringsel aus dem "biologischen Musterkoffer" zu heftigen ökologischen Störungen (S. 92f.).

In einer Bilanz der Kolonisierungsversuche im Mittelalter und der Renaissance kommt Crosby zu der Schlussfolgerung, dass ähnliche Boden und Klimaverhältnisse in den aussereuropäischen Gebieten die Invasion der Europäer begünstigte: "Auf geeignetem Grund und Boden eine neue Variante von Europa zu schaffen, fiel ihnen ... leicht" (S. 104). Die davon betroffenen Menschen hatten in den fünfhundert Jahren, die seither vergangen sind, den späten Tribut für die enorme Entfer-

nung zu entrichten, "die ihre Vorfahren zwischen sich und die Kerngebiete der Alten Welt gelegt hatten. Der Wanderdrang ihrer Vorfahren hatte – im Verein mit dem Abschmelzen der Eiszeitgletscher und dem entsprechenden Anstieg des Meeresspiegels – dafür gesorgt, dass sie sich jenseits der Nahtlinien der Pangäa, auf der 'anderen Seite' wiederfanden. Wie ihre traurige Geschichte der vergangenen Jahrhunderte bezeugt, war es die Verliererseite." (S. 105)

Nach der Atlantiküberquerung der "marinheiros" seit 1492 (Kolumbus) und der ersten Weltumseglung in den 20er Jahren des 16. Jahrhunderts, konnten schliesslich ab 1600 Privatleute – wenn sie ausreichend mit Geld und Zeit ausgestattet waren – innerhalb von etwa vier Jahren eine solche Weltreise auf diversen Handelsschiffen von Spanien nach Amerika (Mexiko), über Manila, Japan, Macao und Goa zurück nach Lissabon antreten: "Die Nahtlinien der Pangäa begannen sich zu schliessen, wobei das Zusammenzurren der einzelnen Teile sozusagen von der Nadel der Segelmacher bewerkstelligt wurde. Jetzt kamen Hühner mit Kiwis in Berührung, Rinder mit Känguruhs, Iren mit Kartoffeln, Komantschen mit Pferden und Inkas mit Pocken – und alles zum allerersten Mal. Der Countdown für die Ausrottung der Wandertaube und der Urbevölkerung der Grossen Antillen und Tasmaniens hatte begonnen. Gleichzeitig begannen bestimmte andere Arten von Lebewesen, sich in grosser Zahl über die ganze Erde auszubreiten: Schweine und Rinder, gewisse Unkrautarten und Krankheitserreger, angeführt von den Völkern der Alten Welt, die als erste von den Kontakten mit Gebieten jenseits der Nahtlinien der Pangäa profitierten" (S. 132).

Damit begann auch die Ausbreitung des von Europa mitgebrachten "Unkrauts" – wie z.B. der Pfirsich- und Orangenbäume (!) in Südamerika (S. 156). Von allen wildwachsenden Pflanzen in der südamerikanischen Pampa waren nach Ermittlungen von Botanikern in den 20er Jahren unseres Jahr-

hundreds nur noch ein Viertel einheimische Arten (S. 161). Für Schweine, Rinder, Schafe, Pferde, die Honigbiene und weitere Haustiere der "Alten Welt" galt wie für viele Arten der Flora: "Das Viehzeug aus der Alten Welt ist in den neo-europäischen Gebieten wunderbar gediehen, paradoxerweise besser als in seiner eigentlichen Heimat" (S. 186).

Als effektivstes Mittel der Kriegführung im Zuge der kolonialen Eroberung durch die Europäer erwiesen sich die eingeführten Krankheitserreger und die von ihnen ausgelösten Seuchen unter der einheimischen Bevölkerung. "Die kolonialen Karrieren der Krankheitserreger der Alten Welt" repräsentierten die Macht der biogeographischen Realitäten als Grundlage der Erfolge europäischer Imperialisten am spektakulärsten (Biogeographie ist die wissenschaftliche Forschung über die Verbreitung der Lebensformen, wie ich seit Lektüre des Buches zu berichten weiss): "Denn trotz ihrer ganzen Brutalität und Härte waren es keineswegs die Imperialisten selbst, sondern ihre Krankheitskeime, die vor allem dafür sorgten, dass die neo-europäischen Ge-

biete von Eingeborenen 'gesäubert' und durch die weissen Invasoren demographisch 'erschlossen' werden konnten" (S. 193). Die Pockenepidemien als Handlanger der Conquista sind hierbei nur ein besonders drastisches Beispiel dafür, dass für die davon heimgesuchten Menschen "das Ende der Isolation den Beginn der Dezimierung bedeutet" (S. 194).

Der Europäer wurde so zum Überträger von tödlichen Krankheitserregern, die zur gewaltigsten demographischen Katastrophe der Weltgeschichte im Gefolge von Kolumbus, Captain Cook und all' der anderen "Sendboten der Zivilisation" führten: "die europäischen Überseekolonien waren während der ersten Etappe ihrer modernen Entwicklung wahre Leichenhäuser" (S. 206).

Das Verdienst dieser Studie besteht darin, z.T. sehr ausführlich und konkret einzelne Aspekte dieser ökologischen Invasion zu schildern und in ihrer umfassenden Dimension zu verdeutlichen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Henning Melber

Bade Onimode (Hrsg): The IMF, The World Bank and the African Debt. Vol I: The Economic Impact. Vol II: The Social and Political Impact. IFAA/ZED Books, London 1989 (5.95 £ je Band)

Im September 1987 organisierte das Londoner "Institute for African Alternatives" (IFAA) eine internationale Konferenz, um die Auswirkungen der IWF- und Weltbank-Programme auf die afrikanischen Völker zu untersuchen. Daran nahmen zahlreiche Studenten und Fachleute aus verschiedenen afrikanischen Ländern teil, insbesondere aus solchen, die schon vom IWF heimgesucht worden waren, sowie bekannte Intellektuelle aus dem entwickelten Norden. Vertreter von IWF und Weltbank waren ebenfalls anwe-

send, dazu Vertreter aus der ILO und einer Anzahl nicht-gouvernementaler Organisationen aus dem Westen.

Alle Teilnehmer erzählten dieselbe Geschichte: Dass die Afrika von den beiden internationalen Organisationen verordneten Programme nicht funktionieren. Die Verteidigung von IWF- und Weltbank-Vertretern war erschreckend. Sie hatten anfänglich behauptet, Ghana, Kenia und die Elfenbeinküste seien Erfolgsgeschichten. Doch die anwesenden Ghanaer berichteten von scharf zurückgehenden Einkommen, wachsender Aussenverschuldung gekoppelt mit erhöhter Ungleichheit sowie von der verzweiferten Notlage der Armen – dies das Muster des ghanaischen 'Erfolgs'. Es wird nun anerkannt, obwohl von Weltbank und IWF noch immer widerstrebend, dass die Ghana-

er nur durch ihre diktatorische Militärführung zur Akzeptierung der Programme gezwungen wurden. Die anwesenden Kenianer wiesen die verbreiteten Erfolgsgeschichten ebenfalls zurück. Die wachsenden Schulden und die steigende Arbeitslosigkeit in der Elfenbeinküste zugleich mit einer sich verschlechternden Aussenhandelsbilanz scheinen ebenfalls kein Beleg für eine Erfolgsgeschichte.

Die bemerkenswerteste Sitzung der Konferenz war die letzte, mit einer Diskussion zwischen Cheryl Payer, Autorin der Bücher "The World Bank: A Critical Analysis", "The Debt Trap: the IMF and the Third World" und vieler anderer Titel, Judith Hart, ehemalige Ministerin für überseeische Entwicklung in der britischen Labour-Regierung von Harold Wilson, sowie Annar Cassam, ehemaliger persönlicher Assistent von Tansanias Präsident Julius Nyerere. Diese drei, die aus Insidererfahrung sprachen, erläuterten, wie IWF und Weltbank Zuckerbrot und Peitsche gebrauchen, um sich den Zutritt zu den Ländern zu erzwingen. Sie kümmern sich nicht darum, ob durch ihre Programme Millionen hungern, und ohne Schulen oder Spitäler bleiben, oder unter einer Diktatur à la Pinochet oder Mobutu leben. Leider sind die Aussagen dieser Sitzung nicht auf Tonband aufgenommen und gedruckt worden; das wäre eine Pflichtlektüre für alle Beschäftigten in afrikanischen Ministerien und Zentralbanken geworden.

Das IFAA hat später die oben erwähnten zwei Bände über diese Konferenz herausgebracht, ediert von Bade Onimode, Professor für politische Ökonomie an der Universität von Ibadan in Nigeria und Vorsitzender des IFAA. Die Studien der Bände zeigen, wie sich die afrikanische Krise parallel zur Verstärkung der IWF- und Weltbank-Programme rapide verschlimmert. Es ist also falsch zu glauben, die zwei Organisationen würden Afrikas Probleme lösen helfen: sie sind vielmehr Teil des Problems. Das wird am schärfsten sichtbar in der gegenwärtigen Schuldenkrise.

Professor Laurence Harris von der

British Open University verfolgt in seinem Aufsatz die Entwicklung des "Bretton-Woods-Systems" in allen seinen Phasen. Während IWF und Weltbank nach dem 2. Weltkrieg vor allem mit dem Wiederaufbau von Westeuropa beschäftigt waren, haben sie sich in den letzten Jahren auf die Dritte Welt konzentriert. Ihr erstes Ziel war es, das kapitalistische System neu aufzubauen und zu bewahren, in dem die Multinationalen Handel treiben, investieren und Kapital verschieben können, ohne durch nationale Regierungen behindert zu werden. Deshalb will der IWF immer mit einem einzigen Land verhandeln, um so die grösste Verfügungsgewalt über dieses zu erhalten, und deshalb beharrt er auf freiem Unternehmertum und Marktwirtschaft in seinen Darlehensbedingungen sowie seinen Strukturanpassungsprogrammen (SAP) und wirtschaftlichen Wiederaufbauprogrammen (ERP).

Die Studien zeigen das zermalmende Gewicht von Afrikas Schulden, insbesondere die Tatsache, dass 70 % der Schulden gegenüber Regierungen und multinationalen Institutionen wie dem IWF und der Weltbank bestehen. Afrikas Schulden machen im Weltmassstab den grössten Anteil am Bruttosozialprodukt aus. Die Zinslast ist von 8 Milliarden Dollar 1985 auf 19,5 Milliarden 1987 und über 26 Milliarden 1988 gestiegen. Allein die Nettozahlungen an den IWF betrugen 1986 1 Milliarde Dollars.

Cheryl Payer sieht die Hauptursachen dieser Verschuldung in äusseren Bedingungen und widerlegt so die Behauptungen von IWF und Weltbank, die afrikanischen Länder seien für ihre Schulden selber verantwortlich. Sicher gibt es interne Faktoren, welche die Krise verschärfen – Korruption in einzelnen Regierungen und unproduktive Investitionen in Sportanlagen, Flughäfen und ähnliche Prestigeobjekte, hohe Militärausgaben – aber sie sind sekundär gegenüber dem Kollaps der Weltmarktpreise von Afrikas Exportgütern. Letzteres allein hat Afrika zwischen 1978 und 1981 im Aussenhandel 2,2

Milliarden Dollars gekostet. Dass afrikanische Währungen an schwankende ausländische Währungen gebunden wurden, hat ebenfalls hohe Verluste beschert.

Aber Payer ist nicht die einzige, welche den Vorwurf zurückweist, die Schuldenkrise sei hausgemacht. Viele andere Autoren ziehen aus ausführlichen Studien über einzelne Länder dieselbe Schlussfolgerung. Eine Fallstudie, die dies sehr gut illustriert, ist der Sudan.

Sudan hat weder das Potential für eine grossangelegte Industrialisierung, noch besitzt es viele Bodenschätze. Seine Hauptexportprodukte wie Baumwolle, Erdnüsse und Gummi versprechen keinen grossen Gewinn. Dennoch wurden dem Sudan in den 60er und 70er Jahren hohe Darlehen aufgedrängt. Es wurde die falsche Erwartung geschaffen, das Land werde der Brotkorb des Nahen Ostens und könne die Golfstaaten mit Weizen und Früchten versorgen. Doch heute ist der Sudan nicht nur abhängig von der internationalen Nahrungsmittelhilfe sondern auch eines der am höchsten verschuldeten afrikanischen Länder. 1982 betrug der Zinsdienst 115 % der Exporterlöse. Das Land ist seit 1979 ein regelmässiger Kunde des IWF gewesen.

Korner und seine Kollegen zeigen in ihrem Buch "The IMF and the Debt Crises" überzeugend, dass die grosszügige westliche Hilfe für den Sudan primär politisch motiviert war. Die USA und ihre westlichen Verbündeten (sowie der IWF und die Weltbank) erkannten die geographische Bedeutung des Sudans – mit Grenzen zu Libyen, Äthiopien, Tschad und Ägypten – und pöppelten ihn auf, um eine prowestliche, anti-kommunistische Bastion aus ihm zu machen.

Studien zur Schuldenkrise, insbesondere in Lateinamerika, haben die Verschleuderung von Millionen von Dollars, die Darlehen waren, in Luxusgütern, repräsentativen Prunk oder durch Kapitalflucht aufgezeigt. Abgesehen von den "neuen Klassen" in der Elfenbeinküste und in Zaire scheint dies für

Afrika nicht zuzutreffen. Aber wir haben ganz sicher viele Projekte gesehen, die mittels Darlehen begonnen wurden und unvollendet blieben oder nach ihrer Inbetriebnahme vernachlässigt wurden, zuweilen bevor noch die Rückzahlung der Darlehen begann. Eine tiefgehende und ehrliche Untersuchung über die Gründe, Mechanismen und Ziele der Aussenverschuldung mag uns helfen, solche Katastrophen in Zukunft zu verhindern.

Unsere Länder müssen aufhören zu denken, man würde uns Respektabilität bescheinigen, wenn wir Darlehen von westlichen Regierungen oder Banken angeboten erhalten. Solche Darlehen heissen vielmehr, dass wir auf ewig unsere Reichtümer exportieren müssen, um Schulden zu bezahlen. So bleiben wir Sklaven des internationalen Kapitals.

Gibt es einen Ausweg, nicht nur aus dem Schuldenproblem, sondern überhaupt aus der tiefen gegenwärtigen Krise unserer Länder? Verschiedene Studien, auch solche der Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) und der Unicef, haben gezeigt, dass die Lösungen, die von den internationalen Finanzagenturen angeboten werden, keine Lösungen sind. Folgen wir ihnen, so verschlimmern wir das Problem. Wie ein Teilnehmer der Konferenz bemerkte. Die mexikanische "Erfolgsgeschichte" hiess, dass die Reichen reicher und die Armen noch ärmer wurden; doch in Afrika heisst die "Erfolgsgeschichte", wie sie uns von IWF und Weltbank verkündet wird, dass selbst die "neuen Reichen" ärmer werden. Arthur Schlesinger, ehemaliger persönlicher Berater von US-Präsident John F. Kennedy und ein Mann, der gewiss keiner sozialistischen Sympathien verdächtigt werden kann, bemerkte vor mehr als zwanzig Jahren: "Wenn der Massstab des IWF die Politik der USA im 19. Jahrhundert bestimmt hätte, hätte unsere eigene ökonomische Entwicklung etliches länger gedauert. Wenn man sich entwickelnden Nationen finanzielle Orthodoxie predigt, sind wir vergleichsweise in der Position einer Prostitu-

ierten, die, nachdem sie sich dank ihren Ersparnissen vom Beruf zurückgezogen hat, glaubt, dass die öffentliche Moral die Schliessung der Vergnügungsviertel verlangt.“

In Chile brachten selbst die Präsenz der Chicago Boys und das eiserne Regime von Pinochets militärisch-technokratischer Allianz die Rezepte des IWF nicht zum funktionieren. In Ghana haben der Aufstieg eines charismatischen Führers zur Macht und eine Militärdiktatur das Problem nicht gelöst. Und dennoch erzählt man uns weiterhin, solcherart sei die benötigte förderliche Umgebung, damit die Rezepte funktionieren.

In der gegenwärtigen Weltwirtschaft und angesichts von Afrikas Position in der internationalen Arbeitsteilung mag es Jahrhunderte dauern, bis wir unsere Probleme lösen können (unter der Voraussetzung, dass der Norden uns dafür Zeit lässt). Was die Schulden betrifft: Selbst wenn sie auf dem gegenwärtigen Stand bleiben, vermag sie die gegenwärtige Generation nicht zu bezahlen. Was sind die Alternativen?

Die Entwicklung in Polen zeigt, dass der IWF und die westlichen Banken ein ganzes Sozialsystem umkrempeln können, geschweige denn begrenzte Güter wie sauberes Wasser, allgemeine Grundausbildung, Spitäler usw. Gemeinsame Selbstversorgung die „Gewerkschaft der Armen“, Süd-Süd-Zusammenarbeit, Denunzierung der

Schulden als nicht bloss „unzählbar sondern uneintreibbar“. Dies sind die Forderungen des Tages. Erfordernisse des Überlebens.

Haroub Othman (Universität von Dar es Salaam Tansania aus dem Englischen von Stefan Howald)

Weitere Veröffentlichungen des IFAA zur Thematik:

Alternative Strategies for Africa (Papers). Vol. I Coalition for Change / Vol. II Environment and Women (Edit. Mohamed Suliman) / Vol. III Debt and Democracy (Edit. Ben Turok). Papers from the 1989 IFAA conference. (£ 5.95 pro Band)

Adjustment or transformation: Which way for Africa? Resultate einer Tagung vom Januar 1991 in Addis Abeba zur Uruguay Runde des GATT, dem 89-er Bericht der Weltbank über Afrika südlich der Sahara und dem Fraser Report. (£ 6.95)

Ben Turok, Africa: What can be done? Politische und theoretische Vorschläge und Strategien zur effektiven Bekämpfung der wirtschaftlichen Stagnation und politischen Repression. (£ 4.95)

Demokratiedebatte in Afrika. Beiträge vom Seminar der Nachrichtenstelle südliches Afrika vom 20.9.91 (ca. 60 S. Fr. 10.--), zu beziehen bei: NASA, Missionsstr. 21, 4003 Basel.

Chakravarthi Raghavan: Recolonisation. GATT, the Uruguay Round & the Third World. Foreword by Julius Nyerere. Third World Network; 87, Cantonement Road; 10250 Penang; Malaysia; 1990 (319 S.,)

„Bis zum zweiten Weltkrieg waren Spanien, Portugal, Holland, Grossbritannien, Frankreich und Deutschland zu verschiedenen Zeiten stolz über ihre Kolonialreiche. Sie sahen keinen Grund, ihre Herrschaft über andere zu verstecken. Die Dominanz war total;

sie war politisch und dadurch auch wirtschaftlich und sozial. Und sie wurde durch militärische Macht aufrechterhalten.“ Nach dem zweiten Weltkrieg änderte sich dies: Nationale Unabhängigkeit wurde als universelles Recht in die Statuten der Vereinten Nationen aufgenommen und die Kanonenboot-Diplomatie, die den traditionellen und politischen Kolonialismus ergänzte, ersetzten die grossen Mächte durch sogenannte covert actions. „Aber mächtige Nationen suchen immer noch ihre Herrschaft und soweit möglich die Kon-

trolle über andere Nationen und Gebiete auszudehnen.“ Wer dies sagt, ist kein unbekannter: Julius Nyerere, ehemaliger tansanischer Staatspräsident. Seine obigen Sätze stehen im Vorwort eines ungewöhnlichen Buches mit dem Titel *“Recolonisation“*. Der indische, in Genf lebende Journalist *Chakravarthi Raghavan* hat es anfangs 1990 geschrieben.

Er analysiert darin die laufenden Verhandlungen im Allgemeinen Handels- und Zollabkommen (GATT) und stellt sie in einen historischen Kontext. Mit unzähligen Beispielen, Textdokumenten und Hintergrund-Informationen untermauert Raghavan seine These, dass die neuste GATT-Verhandlungsrunde für die Länder des Südens ein Prozess der Re-Kolonisierung bedeutet.

Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) ist – neutral ausgedrückt – seit 1947 bestrebt, in internationalen Verhandlungen oder “Runden“ die Zollschränken, die nichttariflichen Handelshemmnisse und die handelsverzerrenden Auswirkungen nationaler Wirtschaftspolitiken abzubauen. Raghavan hingegen charakterisiert die GATT Runden als Versuch der USA und anderer kapitalexportierender Länder, “neue Definitionen von Eigentum und von unzulässigen Einmischungen gegen den Reichtum zu kreieren.“ Aus dieser Handelspolitik soll eine neue internationale Weltordnung entstehen, welche die Länder der Dritten Welt mitunterschreiben müssen. “Es wird eine Ordnung sein, die wirksame Instrumente zu ihrer Durchsetzung besitzt. Handelssanktionen werden die ‘offenen’ oder ‘verborgenen Aktionen’ und den Gebrauch von Gewalt ersetzen, da diese nicht mehr länger durchführbar und vertretbar sind.“

Die seit 1986 laufende achte Runde, die sogenannte ‘Uruguay-Runde’ wird nach Raghavan von den USA und anderen Industriestaaten vorangetrieben und ist vor diesem Hintergrund der Versuch, “die Regeln der internationalen Wirtschaftsbeziehungen neu zu schreiben und dabei viele neue Gebiete

miteinzuschliessen, die vorher nie im GATT behandelt worden sind. Durch die Uruguay-Runde wollen die USA wirtschaftliche Beziehungen und Aktivitäten in den GATT-Rahmen einschliessen, die nicht im engen Sinn zu den Handels-Fragen gehören: ‘Geistige Eigentumsrechte’, ‘Dienstleistungen’ und ‘Investitions-Rechte’.“ Die Legitimation für deren Einbezug in die GATT-Verhandlungen wird dadurch hergestellt, dass ihnen Bezeichnungen wie ‘Handel-’, ‘Handel mit’ oder ‘handelsbezogen’ vorangestellt werden, schreibt Raghavan.

In der Uruguay-Runde stehen vierzehn Verhandlungspakete zur Diskussion. Die fünf Themen mit den grössten Auswirkungen sind dabei: Tropische Produkte, Agrarhandel, Textilien, Schutz des geistigen Eigentums und Internationale Investitionen.

Besonders ein Thema in der Uruguay Runde wird – sofern die Verhandlungen ‘erfolgreich’ abgeschlossen werden – Auswirkungen haben: der Versuch, allen Ländern das *Patentrecht der Industriestaaten* als verpflichtendes Recht aufzuzwingen. Das GATT-Sekretariat und allen voran die USA, die Schweiz, die EG und Japan stellen sich auf den Standpunkt, dass fehlender Patentschutz wie ein nichttarifliches Handelshemmnis geahndet werden soll. Fehlender Patentschutz müsste dann nach den GATT Regeln mit Handels-sanktionen bestraft werden.

Bei den GATT-Unterhändlern geniesst dabei die Biotechnologie als Schlüsselsektor des Nordens grösste Aufmerksamkeit. Im GATT werden lebende Materie und biotechnische Erfindungen als patentierbar betrachtet. Sie sollen bei den sogenannten “handelsbezogenen Aspekten der Schutzrechte für geistiges Eigentum“ miteinbezogen werden. Das Patentsystem der USA erlaubt nämlich schon heute, Pflanzen, Tiere, Zellen und Gene zu patentieren.

Die schweizerische Bio-Industrie kann durch die monopolistische Kontrolle über globale Märkte *Milliarden gewinnen*. Daher ist die offizielle

Schweiz an der Ausdehnung des Patentschutzes sehr interessiert. Wie Staatssekretär Franz Blankart erklärt hat, ist die Patentfrage "für die Schweiz im Rahmen der Uruguay-Runde eindeutig prioritär". Eigentlich hätte die Runde schon im Dezember 1990 in Brüssel mit einer Ministerkonferenz ihren Abschluss finden sollen. Weil in verschiedenen Verhandlungspunkten keine Einigung zu erzielen war, scheiterte die Uruguay-Runde vorerst. Nachdem die USA ihre Einwilligung zu einer Fristverlängerung erteilten, wird seit diesem Frühjahr weiterverhandelt. Der Poker um die Milliardenengeschäfte läuft denn auch wieder auf Hochtouren – allerdings hinter verschlossenen Türen. Die Schweiz ist dabei gewillt, einen Kuhhandel einzugehen: Um das Ziel der Biotech-Konzerne zu erreichen, die geistigen Eigentumsrechte weltweit verpflichtend zu regeln, ist sie bereit, die Subventionen an die Bauern weitgehend zu streichen. Unter dem Vorwand, die Handelsregeln zu verbessern, wird so durch die Hintertüre allen Ländern die Patentierbarkeit von Lebensformen aufgezwungen. Dabei wird eine neue Besitzordnung für das 21. Jahrhundert eingeführt; eine Besitz-

ordnung, die der Bio-Industrie das Monopol für profitables Leben zuteilt.

Raghavan analysiert systematisch jedes Verhandlungsthema der Uruguay-Runde. Zum Schluss wartet er mit einer ganzen Serie von Aktions-Vorschlägen auf. Damit sollen PolitikerInnen und Diplomaten aus Entwicklungsländern und kritische Organisationen eine konkrete Hilfestellung erhalten, auf dem glatten GATT-Parkett ihre Positionen zu finden. Ein Anspruch, der zum Beispiel in der Schweiz in Erfüllung ging: Eine breite Palette von verschiedensten Entwicklungshilfe-Organisationen haben sich dieses Jahr mit ihrer GATT-kritischen Position im "GATT-Forum" zusammengeschlossen und sind mit gemeinsamen politischen Forderungen an die Öffentlichkeit getreten (s. Broschüre "Für eine sozial- und umweltverträgliche Weltwirtschafts- und Handelsordnung", Juli 1991). Für die Schweiz ein Novum: Dem "GATT-Forum" haben sich unter anderen der Schweizerische Bauernverband, der Gewerkschaftsbund, verschiedene Hilfswerke, Umwelt- und KonsumentInnen-Organisationen angeschlossen.

Miges Baumann

Klaus M. Leisinger: Gentechnik für die Dritte Welt? Hunger, Krankheit und Umweltkrise – eine moderne Technologie auf dem Prüfstand entwicklungspolitischer Tatsachen. Birkhäuser Basel 1991 (S. 174, Fr. 34.-)

Wenn einer wie Klaus M. Leisinger, Professor für Entwicklungssoziologie und Leiter der Ciba-Geigy Stiftung für Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, sich die Tarnkappe des Technologiekritikers und Dritte-Welt-Freundes überzieht, des aufgeklärten Ethikers auch, des Forschungskritikers und Mahners, so kann dabei zweierlei herauskommen: Entweder das Vorhaben gelingt, die größten Widersprüche im Text werden geglättet, jede Fallmaschinenargumentation wird geschickt ge-

tarnt. Das Ganze wäre dann ein valabler Beitrag im Rahmen der von Firmenchef Alex Krauer konzipierten Hegemonialstrategie unter dem Titel "Gesellschaftlicher Dialog". Wie ein "republikanischer Unternehmer" nimmt sich Leisinger eines wichtigen Zeitproblems an, tranchiert und transformiert es geschickt im Sinne des Unternehmens, um schliesslich die "aufgeklärte Zustimmung" der Gesellschaft für neue technologische Projekte zu gewinnen.

Oder aber das Vorhaben geht in die Binsen: Es wird an einem Diskurs gebastelt, der sich selbst denunziert. Auf einer Gratwanderung zwischen der Rhetorik eines kritischen Anspruchs und derjenigen einer "Nutzen-Risiko-Abwägung", einer "Ambivalenz des technischen Fortschritts" kann man bei feh-

lendem Minimum an wissenschaftlicher Methodik und konkreter Bestandesaufnahme abstürzen. Letzteres ist nun Professor Leisinger passiert.

Zwei Anliegen vor allem möchte der Autor, Angestellter eines Pharma- und Landwirtschaftskonzerns mit hochgerechnet 21 Milliarden Franken Umsatz für 1991, seiner Leserschaft beliebt machen. Nämlich erstens, dass Gentechnologie für die Länder der sogenannten Dritten Welt kein Allerheilmittel ist; zweitens aber: dass unentschieden sei, ob diese Technologie nicht doch wenigstens ein Heilmittel sein könnte. Die zu diesem Zweck konstruierte Argumentation hebt systematisch an mit einem dramatisierenden Vorspiel, gipfelt in einer neokolonialistischen Umarmung und klingt aus mit technokratischen Heilsversprechungen.

So moniert Leisinger im Eingangskapitel zum Thema Hunger, zwischen 350 und 500 Millionen Menschen seien weltweit "ernsthaft unterernährt", die Ausblicke für das Jahr 2000 "sind in jeder Hinsicht alarmierend", dies trotz der Tatsache, dass "insgesamt (...) in der Welt genügend Nahrungsmittel produziert (werden), um Hungern – geschweige denn Verhungern – verhindern zu können." Statt dass der Entwicklungssoziologe Leisinger nun auf die Probleme der Reichumsverteilung zu sprechen kommt, schiebt er die Verantwortungslosigkeit den Regierungen der Drittweltländer zu, denen er die "politische Indifferenz" vorwirft. Ursache ist, selbstverständlich, auch das hohe Bevölkerungswachstum, das "malthusianische Befürchtungen wiedererweckt hat", wie überhaupt s.E. die Bevölkerungen der Dritten Welt unbedingt einer "Stimulanz" durch "nicht-traditionelle Verhaltensweisen" bedürfen zur "Verbesserung der bisher fatalistisch hingenommenen Lebensumstände". In der "Bevölkerungspolitik" wird pauschal die Abschaffung "patriarchalischer Verhältnisse" und die "Übernahme partnerschaftlicher familienplanerischer Verantwortung von Männern" gefordert. Erst wenn diese "Fort-schritte" erreicht sind, kann, so Leisinger,

an weitere Lösungsansätze gedacht werden. Diese liegen in "massgeschneiderten Massnahmenpaketen für ländliche Entwicklung" durch "Flächenausdehnung oder Intensivierung" in der Produktion. Zur Rolle von IWF und Weltbank kein Wort, nichts über die Verschlechterung der terms of trade und über Preisschwankungen für Rohstoffe auf dem Weltmarkt.

In seiner Analyse tut sich Leisinger schwer mit der Frage, ob die Gentechnologie imstande ist, einen Beitrag zu leisten zur Bekämpfung von Hunger, Krankheiten und Umweltzerstörung in der Dritten Welt. Dies zu einem Zeitpunkt, in dem andere Chemiemanager, etwa Peter Stalder vom Bayer-Konzern erklären: "Die Industrie kann es sich nicht leisten, für 200 Millionen eine Pflanze zu entwickeln, die dem Sahel angepasst wäre"; entgegen auch aller Prognosen kompetenter Landwirtschaftsexperten wie Pat R. Mooney, die vorrechnen, dass 92,5 Prozent der Investitionen in die Gentechnologie in Europa, den USA und Japan getätigt werden, der Rest in osteuropäischen und Schwellenländern. Leisinger aber beruft sich auf ganze drei Gentechnologie-Forschungsprogramme (Volksrepublik China, Mexiko, Kenya), basierend auf älterer Literatur, und schreibt: "Die uns zugänglichen Daten sind äusserst positiv." Solche selektive Wahrnehmung führt zum argumentativen Notstand, den Leisinger für den Bereich Gesundheit und Umweltschutz auch gerne eingesteht: dass in dieser Hinsicht der Nutzen der Gentechnologie in der Dritten Welt "eher unwahrscheinlich" ist.

Leisinger kapriziert sich auf den Risikodiskurs. Unter dem Titel "technikimmanente Risiken" stellt er fest, dass "eine Verlagerung gen- und biotechnologischer Forschung aus Industrieländern in Länder der Dritten Welt nur selektiv und erst dann in Betracht zu ziehen (ist), wenn bei uns hinreichende Erfahrungen über eventuelle Risiken vorhanden sind". Dort, wo es um "techniktranszendente Risiken" gehen soll, wiederholt er abermals, dass die "schwer-

wiegendsten Probleme, die insbesondere die kleinbäuerliche Landwirtschaft in der Dritten Welt belasten, politischer und sozialer Natur“ sind. Dann fährt Leisinger fort: Die Substitution der Rohstoffproduktion von Drittweltländern durch „gene-farming-Anlagen“ im Norden sei zwar nicht wünschbar, aber doch unvermeidlich; auch die Monopolisierung von genetischen Ressourcen durch Patente sei ohne Gegenleistung an die Drittweltländer, die dank ihrer Artenvielfalt Lieferanten sind für neue Gene, nicht wünschbar – das internationale Patentsystem aber werde sich durchsetzen. Und weil letztlich die Gentechnik vom Norden sich s.E. nicht aufhalten lässt, schlägt Leisinger vor, dass nichtstaatliche und staatliche Organisationen den Ländern im Süden zur Hilfe eilen mit der Subvention von Saatgutankäufen, der Übernahme von Lizenzen zu Sonderkonditionen für gentechnisch hergestellte Medikamente, „da es nicht Aufgabe privater Unternehmer sein kann, den Gesundheitssektor von armen Ländern zu subventionieren“. Mit anderen Worten: Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit sollen die Risikofolgekosten einer Grosstechnologie übernehmen und damit die für die Grosskonzerne äusserst prekären Märkte in der Dritten Welt absichern helfen.

Wer nun erwartet, Näheres über diese Märkte in der Dritten Welt zu erfahren, wird enttäuscht. Denn im letzten Drittel des Buches geht es zentral um den sogenannten „Risiko-Dialog“; hier macht sich Leisinger zum Fürsprecher einer „aufgeklärten“ Zustimmung zur Gentechnologie, und das Thema Dritte Welt verschwindet leise aus den Zeilen.

Siehe auch:

Hunger aus dem Genlabor. Biotechnologie, Dritte Welt und die Rolle der Schweiz. herausg. v. Erklärung v. Bern. Zürich 1989.

Pat Mooney/Cary Fowler: Die Saat des Hungers. Wie wir die Grundlagen unserer Ernährung vernichten. Rowohlt Reinbek 1991.

Henk Hobbelink: Bioindustrie gegen die Hungernden. Die Genmultis

Stattdessen beschäftigt er sich mit der „gesellschaftlichen Akzeptanz“ der Gentechnik, aber auch mit der „Kommunikationsfähigkeit“ der Manager zur „Vermeidung irrationaler Momente“ in den Kontroversen. Wenn auch ein Konsens ausser Reichweite geraten ist, Leisinger empfiehlt, sich an „kommunikativer Kompetenz“ und „kollektiver Kreativität“ zu orientieren; im „öffentlichen Interesse“ fordert er „Vereinbarungen für Beilegung von Konflikten“, die eine „Demystifizierung von Gen- und Biotechnologie“ und eine „Entpolitisierung der Kontroversen“ zu gewährleisten hätten. Der Gentechnologiekritik – für Leisinger „Kulturpessimisten“, „fundamentalistische Minderheiten“ – sei genug Öffentlichkeit eingeräumt worden, es reicht.

Nicht genug hat Leisinger von ethischen Reflexionen, er wartet mit viel philosophischer Prominenz und Forderungen an die Sozialwissenschaften auf, um „neue Koalitionen zwischen öffentlicher und privater Forschung einerseits und multilateralen Entwicklungsinstitutionen (Weltbank etc.) andererseits“ zu propagieren. Und dabei ist für ihn kein Ziel zu weit gesteckt: „Der Verbesserung der Lebensumstände der unteren Schichten der Menschen in der Dritten Welt ist das oberste Ziel entwicklungspolitischen Handelns. Diesem Ziel darf durch neue Technologien nicht entgegengearbeitet werden.“ Gemessen an den Fakten über die wirklichen Folgen der Gen-Industrie in der Dritten Welt haben solche Sätze von der Konzernleitung Ciba-Geigy ihre Unschuld längst verloren.

Christoph Keller

und die Lebensmittel in der Dritten Welt. Rowohlt 1989.

Erklärung von Bern (Hg.): Schweizer Chemie-Konzerne mischen ihre Saat. F. Köchlin u.a. Dokumentation 4/1990, Zürich.

Christoph Keller/Florianne Köchlin (Hg.): Basler Appell gegen Gentechnologie. rpv. Zürich 1989.

Elmar Altvater: Die Zukunft des Marktes Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des "real existierenden Sozialismus". Verlag westfälisches Dampfboot, Münster 1991 (386 S., Fr. 36.-)

Die Aktualität des neusten Buches des Berliner Ökonomie- und Politikprofessors Elmar Altvater liegt auf der Hand. Das Ende des "Realsozialismus" scheint das Ende der Diskussion um Alternativen zur kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Produktions- und Lebensweise zu bedeuten; Markteuphorie herrscht in Ost und West trotz weltweiter ökologischer Probleme, Massenarbeitslosigkeit, Schuldenkrise und Verelendung in der "Dritten Welt". Vor diesem Hintergrund unternimmt Altvater den Versuch, "die Debatten um den Zusammenbruch des realen Sozialismus und um die Zukunft und die Rationalitätsschranken des Marktes zusammenzudenken", einen "Versuch der Orientierung in den Entwicklungen und Verwicklungen der Weltgesellschaft am Ende des 20. Jahrhunderts" (S.9.). Dieses Zusammendenken bleibt nicht nur Absicht. Altvater verschränkt die Stränge seines Argumentationsganges vielfach, kommt von Realanalysen zu zugehörigen theoretischen Debatten und findet zurück zur Problemdiagnose der Gegenwart. Zugrunde liegt dem ganzen Buch die Anstrengung, ökonomisch-politische Interdependenzen, allgemein gesellschaftliche Wirkungszusammenhänge auf den Begriff zu bringen.

Altvater gehört nicht zu denen, die in der Abweichung vom Muster marktbestimmter Modernisierungsprozesse schon die Ursache des notwendigen Scheiterns des "Projektes der russischen Revolution" sehen. Trotz "beachtlicher Planerfolge, zunächst hohen Wachstumsraten und einem hohen Mass an Verteilungsgerechtigkeit" hat die Sowjetunion wegen der unausgewogenen Forcierung der Entwicklung der Abteilung I (Produktionsmittelproduktion) auf Kosten der Konsumgüterproduktion nur einen halben Fordismus er-

reicht. Den "Übergang von dieser extensiven Phase der Entwicklung in die intensive zu vollziehen, in der nicht nur die Anwendung neuer Technologien geordert war, sondern eine Umstrukturierung der Gesellschaft in Richtung eines 'modernen Sozialismus'" (S.47), haben die realsozialistischen Länder nicht geschafft. Und genau hier liegen die eigentlichen Ursachen für den Verlust ihrer Entwicklungsdynamik, ihres letztendlichen Scheiterns: die Regulationsweise der realsozialistischen Systeme (undemokratische Parteiherrschaft und Kommandowirtschaft) stellt keine Mechanismen der Umorientierung und wirtschaftspolitischen Kurskorrektur bereit, verunmöglicht so einen sozialistischen 'transformismo' (Gramsci; S. 33). Nur radikale Reformen in Richtung demokratischer Partizipation und Öffentlichkeit hätten den zunehmenden politischen Legitimationsverlust stoppen und aus der wirtschaftlichen Stagnation mit den zyklischen Zentralisierungen/Dezentralisierungen führen können. "Reformunfähigkeit", somit Unfähigkeit, auf veränderte Situationen zu reagieren und angemessene Entwicklungsmuster zu gestalten, diagnostiziert Altvater in Anknüpfung an eine lange Tradition der Kritik an realsozialistischen Systemen seitens westlicher Marxisten und östlicher Reformkommunisten. "Das Projekt hätte nur gelingen können, wenn die Gesellschaften des 'real existierenden Sozialismus' bei ihrer halben Loslösung aus dem Weltmarkt ein Ordnungsprinzip hätten zur Geltung bringen können, das vergleichbare oder sogar stärkere synergetische Effekte als im Kapitalismus zur Dynamisierung der Gesellschaft ausgelöst hätte" (S. 22). Altvater verschränkt diese Analyse durchgängig mit krisentheoretischen Überlegungen, man könnte sagen: mit einer regulations- und systemtheoretisch erweiterten marxistischen Theorie gesellschaftlicher 'Destrukturierung und Reststrukturierung'.

Spätestens seit 1971 arbeitet Altvater an einem "Neuansatz der Kritik der Politischen Ökonomie" (Altvater 1971).

Zweiundzwanzig Jahre später legt er im 2./3. Kapitel Überlegungen zu einer modernen theoretischen Fassung der grundlegenden ökonomischen Phänomene Markt, Geld, Zins vor. Der Markt ergibt sich, so der Autor 1991, als "soziales System des arbeitsteiligen Wirtschaftens" (S. 69) aus der Warenproduktion. Aber erst dort, wo die Ware zum "durchgängigen und ordnenden Prinzip gesellschaftlicher Regulation" (S. 70) gemacht wird, somit Grund und Boden, Geld und Kapital und v.a. die Arbeitskraft erfasst, hat sich die Marktwirtschaft als "System" durchgesetzt. Wie Marx und in Anlehnung an Polanyi und Braudel betont Altvater die historische Dimension dieser Great Transformation: der Markt als eine "relativ junge Einrichtung, eine fantastische Institution der Erzwingung einer ganz spezifischen ökonomischen Rationalität" (S. 69), ist eine historische Fundsache. Altvater zeigt die sich fortsetzende "Logik der Vermarktwirtschaftlichung" (S. 76) auf: der Markt setzt Geld voraus und erzwingt Konkurrenz, die Erzielung von Profit, auf dem Geldmarkt bildet sich der Zins, der Preis des Geldes, usw. So entfalten sich die "Kategorien im Ensemble marktwirtschaftlicher Formen" (S. 77). Die volle Vermarktwirtschaftlichung erzeugt Paradoxien. Märkte sind notwendig eine Quelle der Ungleichheit, sind prinzipiell instabil und bedürfen der Regulierung, da sonst ihre "formale Rationalität" alle Lebensbereiche der Warenform unterwirft (S. 80).

Altvater entwickelt diese kategorialen Überlegungen in ständiger Auseinandersetzung mit den herrschenden ökonomischen Schulrichtungen (speziell der geldkeynesianischen). Wie auch in früheren Arbeiten bleibt dies aber nicht einfach ein Schulstreit. Es geht ihm um eine Interpretation der Realgeschichte und deren wirtschafts- und gesellschaftspolitische Schlussfolgerungen, so.z.B. die Kritik an den wirtschaftspolitischen Empfehlungen des Sozialdemokraten F. Scharpf (Kap. 3.6) oder die Diskussion um die Chancen nationaler Entschuldungsstrategien

(4. Kap.). Einiges knüpft dabei weiterführend an das an, womit er sich in "Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus" (1983) und vor allem in "Sachzwang Weltmarkt" (1987) auseinandersetzt (Weltmarktentwicklungstendenzen, Entwicklungsstrategien).

Einen Grossteil seines neuen Buches widmet Altvater der Frage nach der Schnittstelle zwischen ökonomischer und ökologischer Theorie. Im Gegensatz zu Theorien, die als Antwort auf die Ökologiefrage sozialwissenschaftliche Analysen quasi naturwissenschaftlich neu begründen wollen oder deren Lösung in Ethikdiskursen suchen, beharrt Altvater auf deren *sozialen* Dimension.

Ökonomisches Handeln ist Stoff- und Energietransformation und somit entropiesteigernd, aber "formbestimmt durch die Ordnungsprinzipien der Soziosphäre" (S. 258). Es geht also um eine theoretische Erfassung der "Interferenzen der Ordnungsprinzipien von Ökonomie und Ökologie", der "Widersprüchlichkeit von Kapitalverwertung und Naturumformung" (S. 267). Mit der Kategorie "Verdoppelung" wird "die Möglichkeit eröffnet, ökonomische Prozesse zugleich als Transformation von Werten (Wertbildungsprozess und Verwertungsprozess) und als Transformation von Stoffen und Energien (Arbeitsprozess, 'Stoffwechsel' zwischen Mensch und Natur) zu begreifen" (S. 248). Ein solcher "Brückenschlag vom System der Werte zu den Gesetzmässigkeiten der Natur" (S. 249) dürfte weiterreichen als die neoklassischen Versuche der Ökonomisierung, d.h. Monetarisierung der Natur, die einer grundsätzlichen Kritik unterzogen werden (S. 243ff, 272, 366).

Skeptisch sieht Altvater auch die Realisierungsmöglichkeiten eines "ökologischen Kapitalismus", in dem die Wiederherstellung der Umwelt zu einem Feld der Kapitalakkumulation würde. Jede Umweltreparatur ist nämlich ihrerseits mit einem Entropieanstieg verbunden und somit selbst ein Teil des Problems. "Es geht kein Weg

daran vorbei, von vornherein Prozesse der Stoff- und Energietransformation (also Produktionsprozesse, P.Z.) so zu organisieren, dass der unvermeidliche Anstieg der Entropie möglichst gering gehalten wird (...) Die Funktionsweise des 'ökologischen Kapitalismus' wird monetär gesteuert, und darin bestehen die bedeutensten Hindernisse seiner Realisierung.“ (S. 277; vgl. Interview WoZ 9/März 1990).

Wie schon aus dieser Begrifflichkeit deutlich wird, hält Altvater in allen Bereichen einen Systemblick durch. Zwar betont er die Gestaltbarkeit etwa der Form der Naturaneignung durch die "(gesellschaftlichen) Menschen" (S. 258) und streift manchmal die Bedingungen für "Widerstandspotentiale" (S. 268), gibt aber 'systemischen Begriffen' wie demjenigen der 'systemischen Intelligenz' deutlich mehr Gewicht. 'Systemische Intelligenz' würde ich nach Altvater als Kompetenzgrad eines sozialen Systems zur störungsfreien, ökologisch angepassten (d.h. entropie-minimierenden) Selbstreproduktion verstehen. Ein solcher analytischer Begriff macht Sinn; die Parallelisierung zum Hegelschen 'Weltgeist', wie sie etwa R. Strehle (WoZ v. 9.8.1991) bemüht, trifft nicht. Nicht von der Hand zu weisen ist, dass Altvater die Schnittpunkte seiner Theorieebene mit derjenigen einer Theorie politischen Handelns (sozusagen dem Subjektblick) kaum benennt. Dabei hat er doch Adressaten, wie seine "Schlussbetrachtungen über marktförmige und nicht-marktförmige Regulation" (7. Kap.) deutlich machen.

Zentrales Ergebnis des Altvaterschen Argumentationsganges ist: "Moderne Gesellschaften sind ... immer Ensembles von marktförmiger und nicht-marktförmiger Regulation." (S. 340). Durch ökonomische Internationalisierungs- und Globalisierungsprozesse hat sich aber der Widerspruch zwischen der Globalität der Ökonomie und der Nationalität von Politik aufgetan. Der Weltmarkt in seiner jetzigen Verfasstheit (dominant marktförmige Regula-

tion) hat ökologisch katastrophale, ungleichheitsfördernde Auswirkungen. Da die verschiedenen *nationalen* Strategien (Abschaffung der prozeduralen Marktrationalität im Falle der realsozialistischen Länder, autozentrierte Entwicklung in autarken Räumen im Falle von 'Dritte-Welt'-Ländern (S. 235) gescheitert sind, ergibt sich die dringliche Forderung "die Reichweite der politischen Regulierung der Globalität ökonomischer Kreisläufe anzupassen" (S. 341). Erst dann dürften sich Chancen für wirklich 'systemisch intelligente' Entwicklungsweisen ergeben. Die Frage nach kurz- und mittelfristigen (somit nationalen) Reformstrategien ist damit aber nicht beantwortet.

Altvaters Feststellung, "Planung, Markt, demokratische Institutionen der Partizipation und eine Öffentlichkeit der zivilen Gesellschaft sind unerlässliche Prinzipien eines komplexen Systems gesellschaftliche Regulation auch in der im 'kalten Krieg' siegreichen westlichen Welt." (S. 367) Dies impliziert auch, dass diese Debatte gerade heute nicht den skrupellosen "Marktradikalen" überlassen wird.

Patrick Ziltener

Altvater, Elmar u.a. (Hg.): Materialien zur Kritik der bürgerlichen Ökonomie. Begründung für eine Lehreinheit 'Politische Ökonomie'. Rotdruck, Giessen 1979.

ders.: Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus. Wirtschaftspolitische Optionen der Gewerkschaften in Westeuropa. Westdeutscher Verlag, Opladen 1983.

ders.: Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien. VSA-Verlag, Hamburg 1987.

"Marktbesoffenheit in Ost und West". Gespräch mit E. Altvater über Markt- und Planwirtschaft. in: Die WochenZeitung (WoZ) vom 2.3.1990.

Abraham Ashkenasi (Hg.): Das weltweite Flüchtlingsproblem. Sozialwissenschaftliche Versuche der Annäherung. Edition CON, Pf 10 65 45 Bremen 1988 (320 S., Fr. 29.--)

Stille Genugtuung bei den Innen-, Polizei- und Kriegsministerien der EG- und Efta-Staaten: Immer besser lassen sich Eindringlinge – „Flüchtlinge“, „WanderarbeitnehmerInnen“, „mobile Kriminelle“ – abschrecken und abwehren. Immer einfacher wird es für die Polizeikommandanten aller Stufen, die Optik ihrer Minister zu verzerren.

Denn während die Festungsstrategen ihren Ministern Abschreckungskonzept um Abschreckungskonzept vorlegen, machen sich die Kritiker dünn. Kaum, dass mehr entgegengesetzte Gedankenmodelle oder auch nur weiterführende Denkanstöße die Ohren der PolitikerInnen erreichen. An den Universitäten und soziologischen Instituten, in akademischen und politischen Schreibstuben scheint gleichermassen Ratlosigkeit um sich gegriffen zu haben. Schlagwörter von rechts wie „Völkerwanderung“, „Heuschreckenplage“ oder „Unaufhaltsame Flut von Asylanten“ (so NZZ v. 6.11.91) machen unwidersprochen die Runde und normalisieren die alltägliche Sprachregelung. So wird es dem Bundesrat A. Koller, verantwortlich für Justiz, Polizei und „Asylpolitik“, leicht gemacht, dem Druck, der derzeit von der geballten Fremdenfeindlichkeit bei den rechtsbürgerlichen Parteien ausgeht, nachzugeben, statt – als Rechtsprofessor (!) – der Genfer Flüchtlingskonvention konsequent Geltung zu verschaffen kraft seines Amtes. Nichts davon. Für ihn kann sich „eigentlich nur die Frage stellen, wie lange die Zeitbombe noch tickt und welche explosiven Kräfte sie entfalten wird.“ (Auslandsforschung 1991).

Im Folgenden soll aber doch ein Beitrag etwas näher beleuchtet werden, der über die rein ökonomisch-technokratische Betrachtungsweise hinausgeht. Auch er bringt zwar in der Frage der Asylgewährung bei wachsenden Asylbewerberzahlen keine radikalen

Ansätze einer Neuorientierung. Doch schon dass er sich mit der *Funktion des Asylrechts* und der *Menschenrechte* im bürgerlichen Staat befasst, ist ein Verdienst. Im Band, von Abraham Ashkenasi herausgegeben, wird nachgewiesen, dass der bürgerliche Staat (hier die BRD) sich – trotz allen Beteuerungen der Regierungen – nicht an einen abstrakten, universell gültigen Begriff von Menschenrecht orientiert. Vielmehr wird die elementarste Menschenwürde der Flüchtenden und im Westen Anklopfenden gerade nicht respektiert, wie Roland Schilling (*Die Abschaffung des Asylrechts: Zum Widerspruch von Territorialstaat und Menschenrecht*) bedeutet. Stattdessen schlage sich der heutige Staat heimlich auf die Seite des Verfolgerstaates, etwa der Türkei; dies zeige sich in einer „Übernahme der Argumentationsmuster der Verfolgerstaaten“ (S.249).

Schilling nennt hierfür Beispiele aus der Asylpraxis bundesdeutscher Gerichte. So habe ein Oberlandesgericht festgestellt, „dass die Todesstrafe nach dem inzwischen erreichten Zivilisationsniveau keine allgemeine Ächtung erfahren habe, da sie in führenden westlichen Demokratien verhängt und vollstreckt werde und hier die Nicht-Ausweisung eines Ausländers einer Diskriminierung fremder Rechtsordnung gleichkäme“ (S. 241). Dies zeugt, so der junge Politikwissenschaftler, ebenso vom „Verfall eines grundlegenden Verständnisses von Menschenrechten“ wie weitere Asylurteile, wonach „Folter als Form der ‚Strafrechtspflege‘“ gelte und „Völkermord als ein vom Staat unbeabsichtigtes Nebenresultat einer ‚legitimen Terrorismusbekämpfung‘“ (Fälle zu Sri Lanka).

Der Staat, so muss hierzu gefolgert werden, hat ein inneres Interesse an der Asylverweigerung. Die Aufheizung der politischen Atmosphäre via die Asylfrage wird dadurch strukturell nicht nur in Kauf genommen, sondern gar unterstützt. Aus solch staatlichem Desinteresse an elementarstem Menschenrecht wächst, so Schilling treffend, letztlich „eine völlige Umorientierung von Spra-

che, Justiz, öffentlichem Handeln und Gesetzgebung, bis hin zur Abwehr der angeblichen und eingebildeten Gefahr“ (S.248), welche von “Flüchtlingen“ beziehungsweise “MigrantInnen“ ausgehen soll.

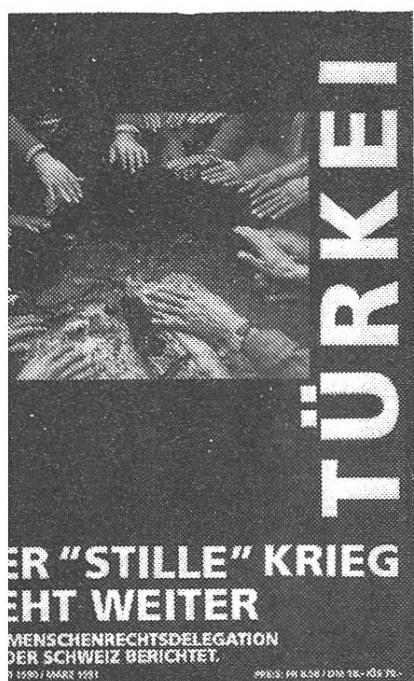
Der Schutz, den der bürgerliche westliche Staat Verfolgten zu gewähren vorgibt, geht angesichts solch ideologischer Nähe zu den Verfolgerstaaten in der ganzen Welt verloren. Elementares Menschenrecht, verstanden als das Recht einer bedrängten Person, unabhängig von ihrer Nationalität in einem bestimmten Land einen Moment der Ruhe zu finden, gibt es gerade nicht. Menschenrechte gebe es also überhaupt nicht, folgert Schilling, indem er Hannah Arendt zitiert. Arendts Überlegungen hierzu sind unverändert gültig: “Um zu erfahren, ob eine bestimmte Menschengruppe wirklich rechtlos geworden ist, braucht man sich nur zu fragen, ob die Begehung eines Verbrechens ihre Situation verbessert oder nicht. Wenn immer ein kleiner Einbruch den legalen Status eines Menschen verbessert, und sei es nur vorübergehend, kann man eigentlich sicher sein, das man es mit dem Entzug der Menschenrechte zu tun hat.“ (s. Elemente und Ursprung totaler Herrschaft. Bd.II. Imperialismus. 1955, S. 430 ff.)

Dies ist nach Schiller, ehemaliger Asylreferent von “amnesty international“ auf die Flüchtlingspolitik von heute geradezu zugeschnitten: “Während die ständige Gefahr der Bestrafung wegen Vergehen gegen das Asylverfahrens- und Ausländergesetz oder das Arbeitsverbot noch relativ harmlos ist, bedeutet die völlige Unsicherheit bezüglich des Aufenthaltsstatus eine permanente Bedrohung für Leib und Leben des Flüchtlings, da ihm, und dies gilt für die meisten de-facto-Flüchtlinge, ständig die Abschiebung drohen kann.“ (S. 245). Dieses “Fehlen des Rechts, Rechte haben zu können“ (Schilling) – was Hannah Arendt als “faktische Staatenlosigkeit“ umschrieben hat, müsste heute der Kern jeglicher politischer Diskussion über Flucht und Migration sein.

Von dieser Ausgangsfrage aus – dem Recht auf elementares Menschenrecht – könnte und müsste über die Bedrohungsbilder (“Völkerwanderung“) und die Ängste des Westens davor gründlich nachgedacht werden.

Der Beitrag von Roland Schilling eröffnet dazu einen hervorragenden Einstieg.

Beat Leuthardt



"Schliesslich bleibt einleitend zu erwähnen, wie wichtig es war und ist, im Rahmen dieser Broschüre ein Gesamtbild der Repression in der Türkei zu geben: neben dem nicht deklarierten Krieg gegen die Kurdinnen und Kurden im Osten und der schleichenden Repression gegen türkische und kurdische Bürgerinnen und Bürger im Westen der Türkei betrifft dies insbesondere auch die, der Repression im Osten ähnlich, offene Gewalt im zentralen Teil der Türkei, jenem Teil, aus dem eine Mehrheit der kurdischen asylsuchenden Flüchtlinge in der Schweiz stammen."

Herausgegeben von der AutorInnengruppe:
Jörg Dietziker, Anna Guler, Olivia Heussler, Beat Leuthardt, Beat Schuler

70 Seiten, A5 broschiert, Fr. 8.50 (plus Porto)

Flüchtlingsinformation, Postfach 6175, 3001 Bern

Weitere Literaturhinweise

St.Armbrost, H.Dieterich, H.Zickgraf (Hg.): Sieger und Besiegte im Fünfhundertjährigen Reich. Emanzipation und Lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992. Pahl-Rugenstein Nachf. Bonn 1991 (282 S.,Fr. 24.10)

Das internationale Kultur- und Wissenschaftsforum legt den dritten Sammelband zur Kampagne '500 Jahre Unterdrückung und Widerstand' vor (vgl. Widerspruch-Heft 20/90). Nicht herumkommen wird man um den langen, faktenreichen Bericht von N. Chomsky 'Die Sieger'. H.Dieterich und H.Zickgraf klären die "zeitgeistgewendeten Intellektuellen des Kapitals" über das Verhältnis von "Viertem Reich" und "Fünfhundertjährigem Reich" auf. Zu lesen ist u. a. die 'Botschaft an das Erste Iberoamerikanische Gipfeltreffen' (F.Castro), über 'Indigenas und nationaler Befreiungskampf' (P.Monsanto), 'Nationaler Befreiungskampf und Frauenemanzipation in Lateinamerika' (S. Montenegro, R. Menchú), 'Bevölkerungsprogramme in der Dritten Welt' (I. Spiller), 'Die Rechte des Indio in Südamerika' (W.Paul).

Peter Wahl (Hg.): Warum Montezuma nicht Europa entdeckt hat. Europa und die Dritte Welt. PapyRossa, Köln 1991 (236 S., Fr. 23.60)

D.Boris führt in seinen historischen Reflexionen in die Debatten über die europäische Welteroberung ein; W.Rosenke beschreibt einige Aspekte des europäischen Kolonialismus in Afrika: 'Das Elend ist ein Meister aus Europa'. Der Sammelband diskutiert die politischen Aspekte der 'Nord-Süd-Beziehungen', EG 92 und Dritte Welt. R.Falk, bekannt durch sein Buch 'Die heimliche Kolonialmacht. Die Bundesrepublik Deutschland und die Dritte Welt'(1985), stellt seine entwicklungspolitischen Alternativen vor.

K.L.Hübener, E.Karnofsky, P.Lozano (Hg.): Weissbuch Lateinamerika. Eigenes und Fremdes. Peter Hammer Wuppertal 1991 (173 S., Fr. 19.80)

1992 ist die lateinamerikanische Geschichte, so wird im Vorwort überzeugend ausgeführt, neu zu schreiben, und zwar von Lateinamerikaner/innen aus verschiedenen Ländern. Von unterschiedlichen Fach- und Denkrichtungen werden Ausgangspositionen markiert, so von E.Galeano, R.Bissio, H.R.Sonntag, S.Ramirez u.a.m.

Walter Michler: Weissbuch Afrika. Zweite, völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Dietz Bonn 1991 (568 S., Fr. 29.-)

Dieses Weissbuch, die "Bibel für Dritte-Welt-Problematik" (Hessischer Rundfunk), dokumentiert die Zusammenhänge von Hunger und Unterentwicklung, zeigt die historischen Ursachen und den westlichen Anteil am Elend und dem Massensterben auf diesem Kontinent auf: das Standardwerk für eine erste, anhaltende Entkolonialisierung der europäischen und nordamerikanischen Köpfe.

ila Sonderheft: 500 Jahre Kontinuitäten kolonialistischer Politik. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika. Nr. 148, Sept. Bonn 1991, oder medico international Frankfurt 1991 (95 S., Fr. 5.-)

Über zwanzig Beiträge von sachkundigen InternationalistInnen und WissenschaftlerInnen, die in der Solidaritätsbewegung und in Drittweltgruppen tätig sind.

Heike Michelsen et al. (Hg.): EG-Entwicklungspolitik. Stabex, Sysmin, Subventionen - moderne Formen des Kolonialismus? Schmetterling Verlag Stuttgart 1991 (128 S., Fr. 14.80)

Detailliert beschrieben werden die neokolonialistischen Verträge und Zielset-

zungen der EG-Entwicklungspolitik mit der 'Dritten Welt', die Lomé-Verträge, Nahrungsmittelhilfe, der Weltzuckermarkt.

D.Dirmoser, R.Gronemeyer, G.A. Rakelmann: Mythos Entwicklungshilfe. Entwicklungsruinen. Analysen und Dossiers zu einem Irrweg. Focus ökozeit extra, Giessen 1991 (232 S., Fr. 28.-)
Das Projekt "Entwicklung" wird sozialgeschichtlich, die "Entwicklungsidee" sozialphilosophisch entmystifiziert. Der "Markt" als einziges universales Angebot? Das Elend der westlichen Entwicklungstheorien, so die AutorInnen, sollte schleunigst eingestanden und aufgegeben werden zugunsten, beispielsweise, der indianischen Perspektiven einer selbstbestimmten Entwicklung (COICA), die in diesem Band dokumentiert sind.

Claudia von Werlhof: Was haben die Hühner mit dem Dollar zu tun? Frauen und Ökonomie. Frauenoffensive, München 1991. (213 S., Fr. 27.60)
Es ist, so schreibt die Autorin im Vorwort, das Koloniale, das wächst, nicht sein Gegenteil. Der Kolonialherr kolonisiert weiter und (unter)entwickelt sich selbst. Zu lesen sind in diesem Band u.a. Beiträge zur Kolonisierung des informellen Sektors und einer alternativen Ökonomie, zur Debatte über Subsistenzperspektive, über konkrete Utopie und die patriarchale Spaltung der Frauen in den theoretisch-politischen Auseinandersetzungen.

Lydia Potts: Weltmarkt für Arbeitskraft. Von der Kolonisation Amerikas bis zu den Migrationen der Gegenwart. Junius Hamburg 1988 (297 S., Fr. 35.80)
Die Autorin verfolgt die Geschichte der Arbeitsmigration von ihren Anfängen bis in die Gegenwart, von der Conquista und der Unterwerfung der indianischen Bevölkerung bis zu den Zwangs- und Wanderarbeiten in Afrika, den Migrationen in die USA, die EG-Staaten oder arabischen Öl-Staaten. Aus der Kritik an den Imperialismus- und Ent-

wicklungstheorien gewinnt sie Elemente einer Theorie des Weltmarktes für Arbeitskraft.

Frauenrat für Aussenpolitik/FrAu (Hg.): IWF - Schweiz. Kontroversen. Materialien. Eine Dokumentation. Pf. 4001 Basel, 1991 (112 S., Fr. 25.-)
Zu lesen ist zur Geschichte der Bretton Woods Institutionen, über den Finanzplatz Schweiz, die Positionen zum IWF von bürgerlichen Parteien, Wirtschafts- und Bankenkreisen. Stellungnahmen seitens der Hilfswerke und des Frauenrates.

Ekkehard Launer (Hg.): Nestlé, Milupa... Babinahrung in der Dritten Welt. Lamuv Göttingen 1991 (172 S., Fr. 16.80)
Gegen die fünf Konzerne, den Schweizer Nestlé-Konzern, die deutschen Unternehmen Milupa und Hipp, die US-amerikanische Firma Wyeth/AHP und die japanische Meiji, werden vom Kinderhilfswerk UNICEF schwerste Vorwürfe gerichtet: Durch ihre aggressiven Marketing-Praktiken sind sie mitverantwortlich für die in der Dritten Welt grassierende 'Flaschenkinder'-Krankheit, die Jahr für Jahr eine Million Säuglingstote fordert.

Walther L. Bernecker, Thomas Fischer (Hg.): Unheimliche Geschäfte. Schweizer Rüstungsexporte nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert. Chronos Zürich 1991 (334 S., Fr. 35.-)
Der Sammelband versteht sich als ein kritischer Beitrag zum 500. Jahrestag der Entdeckung und Eroberung Lateinamerikas. In einem ersten Teil 'Waffen, Menschenrechte, Entwicklung' werden juristische, ökonomische und soziopolitische Hintergründe der schweizerischen "Militärhilfe" für Lateinamerika und deren Auswirkungen im Entwicklungsprozess erörtert. Im zweiten Teil werden die Mechanismen des Waffentransfers bzw. die Rolle der "Rüstungsgüter" in Ländern Lateinamerikas rekonstruiert.

- Memmi, Albert*, 1980: Der Kolonisator und der Kolonisierte. Zwei Porträts. Syndikat Frankfurt.
- Sartre, Jean-Paul*, 1988: Wir sind alle Mörder. Der Kolonialismus ist ein System. Artikel, Reden, Interviews 1947 - 1967. Reinbek/Hamburg 1988.
- Weber, Gaby*, 1989 : Die Guerilla zieht Bilanz. Gespräche mit Guerilla-Führern in Argentinien, Bolivien, Chile, Uruguay. Focus Giessen.
- Martin, Peter*, 1985: Das rebellische Eigentum. Vom Kampf der Afroamerikaner gegen ihre Versklavung. Junius Hamburg, Fischer Tb. Frankfurt.
- Ziegler, Jean*, 1989: Der Sieg der Besiegten. Unterdrückung und kultureller Widerstand. Peter Hammer Wuppertal.
- Daus, Ronald*, 1983: Die Erfindung des Kolonialismus. Peter Hammer Wuppertal.
- Galeano, Eduardo*, 1986: Die offenen Adern Lateinamerikas. Peter Hammer Wuppertal.
- Boris, Dieter*, 1990: Die Arbeiterbewegung in Lateinamerika. Verlag Arbeit & Gesellschaft, Marburg.
- Erdheim, Mario*, 1988: Das Erdenken der Neuen Welt im 16. Jahrhundert. In: Die Psychoanalyse und das Unbewusste in der Kultur. Suhrkamp Frankfurt.
- Hellmann, Michaela*, 1991: Der Blick des andern ist der Tod deiner Möglichkeiten. IKO Verlag für interkulturelle Kommunikation Frankfurt.
- Mapuche-Indianer (Hg.)*, 1991: 500 Jahre im Widerstand. Geschichte und Gedichte der Mapuche-Indianer in Chile. Schmetterling Verlag Stuttgart.
- Grubbe, Peter*, 1991: Der Untergang der Dritten Welt. Der Krieg zwischen Nord und Süd hat begonnen. Rasch & Röhring Hamburg.
- Petras, James*, 1991: Demokratie der Armut oder Armut der Demokratie. medico international/ Chile Informationen Frankfurt.
- von Borries, Bodo*, 1992: Kolonialgeschichte und Weltwirtschaftssystem. Bd. 2, LIT Verlag Münster/Hamburg.
- Heiser, J. (Hg.)*, 1987: Comrade George & Attica. Die Zeit des Blues ist vorbei. Geschichte ist eine Waffe. Bd.1: Der Mord an George Jackson und die schwarze Gefangenengewegung in den USA. Agipa-Press Bremen.
- Sakai, J.*, 1989: Amerika. Das Siedlerimperium. Die Mythologie von der 'amerikanischen Nation' und ihrem weissen Proletariat. Agipa-Press Bremen.
- von Paczensky, Gert*, 1991: Teurer Segen. Christliche Mission und Kolonialismus. Knaus Verlag München.
- Kappeler, Manfred*, 1991: Drogen und Kolonialismus. Zur Ideologiegeschichte des Drogenkonsums. Frankfurt.
- Wagnleitner, Reinhold*, 1991: Coca-Colonisation und Kalter Krieg. Die Kulturmission der USA in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg. Verl. f. Gesellschaftskritik Wien.
- Bund f. Umwelt und Naturschutz (Hg.)*, 1988: Wie Weltbankmacht die Welt krank macht. Umweltzerstörungen durch Weltbankprojekte. Volksblatt Verlag Köln.
- Internat. Trägerkreis/Grünen (Hg.)*, 1988: Gegen IWF und Weltbank. Beiträge vom Internationalen Gegenkongress der IWF/Weltbank-Kampagne in Berlin 1988. Pahl Rugenstein Nachf. Bonn.
- Osman, Mohamed*, 1990: Verwüstung. Die Zerstörung von Kulturland am Beispiel des Sudan. Edition CON Bremen.
- beiträge zur feministischen theorie und praxis*, 1988: Modernisierung der Ungleichheit. Heft 23, Köln.
- Sabet, Hafez*, 1991: Die Schuld des Nordens. Der 50-Billionen-Coup. Horizonte Verlag.
- Gruppe Feminist. Internationalismus (Hg.)*, 1989: Zwischen Staatshaushalt und Haushaltskasse. Frauen in der Weltwirtschaft. Edition CON Bremen.
- von Braunmühl, Claudia*, 1989: Wo-

- men in the Development Process. Reports and Papers from the Intern. Conf. in Berlin. Deutsche Stift. f. intern. Entwicklung. Pf. 27 06 61, 1 Berlin 27.
- Isbrand, Silke (Hg.)*, 1990: Selbstbestimmt und solidarisch. Fallstudien über Selbsthilfe in der Dritten Welt. Breitenbach Saarbrücken.
- Maurer, Mechtild*, 1991: Tourismus, Prostitution, Aids. Reihe 'Tourismus & Entwicklung', Rotpunktverl. Zürich.
- Pater, Siegfried; Raman, Ashwin*, 1991: Organhandel. Ersatzteile aus der Dritten Welt. Lamuv Göttingen.
- Brasilianische FilmerInnen*, 1991: Die Schuldenfalle. Video. 50 Minuten, Interviews deutsch untertitelt, Kommentare deutsch. Ausleihe bei HEKS, Zürich, oder Aktion Finanzplatz, Bern.
- Peripherie Heft 39/40*, 1990: Abschied vom Marxismus und von der 'Dritten Welt'? Eine Bilanz. Mit Beiträgen von G.Hauck, R.Kössler, H.Melber, L.Marmora, I.Lenz, M.Massarrat u.a.m. Münster.
- Deppe, Frank*, 1991: Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung. Verl. Arbeit & Gesellschaft Marburg.
- Kurdistan Komitee Giessen (Hg.)*, 1990: GAP. Staudamm- und Bewässerungsprojekt an Euphrat und Tigris. Kleine Freiheit/ Buchladen, Bismarckstr. 9, 6300 Giessen 11.
- Kurdistan Komitee BRD (Hg.)* 1990: Deutsch-Türkische Beziehungen. Zur Geschichte bis in die Gegenwart. Hansaring 66, 5000 Köln 1.
- Flüchtlingsinformation et al. (Hg.)*, 1991: Türkei. Der 'stille' Krieg geht weiter. Bericht der Menschenrechtsdelegation. Flüchtlingsinformationen, Pf. 6175, 3001 Bern. Siehe auch: *Folter, Unterdrückung, Gewalt und Staatsterror in der Türkei und Türkei-Kurdistan. Bericht einer Delegationsreise. Roland Meister et al. RA-Büro, Am Zehnthof 219, 4300 Essen 13.*
- Hashash'Ali*, 1991: Palästina. Kampf der Gegensätze, Hintergründe, Dynamik und Perspektiven der Intifada. Focus Giessen.
- Worldwatch Institute*, 1991: 'state of the World 1991. Toward a Sustainable Society, New York - London.
- Projektgruppe*, 1991: Metropolen (Gedanken) und Revolution? Texte zu Patriarchat, Rassismus & Internationalismus. Edition ID-Archiv, Berlin.

Joachim Raschke

KRISE DER GRÜNEN

Bilanz und Neubeginn

Hrsg. Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen

Schüren Presseverlag

ISBN 3-924800-47-2 19,80 DM 224 Seiten